

sich nicht nach unten weiter fortsetzt. Während auf höchster Ebene die Umriss der wahren Kirche Christi sich immer deutlicher abzeichnen und langsam überzeugend wirken, erscheinen vorläufig nach unten hin die barocken Formen des Gehorsams und die Verweigerung der Brüderlichkeit ungebrochen. Das müßte nicht so sein, und die Konzilsväter sollten vielleicht auch darauf achten, daß nicht nur ihre großen Entwürfe und ihr persönlicher Mut vor kurialen Thronen, sondern ebensowohl ihre Umgangsformen mit den unteren Rängen der Kirche deren Bild bestimmen, um so mehr, als im Falle einer größeren Annäherung der einen oder anderen bisher getrennten Gemeinschaften gerade die Kontakte in den unteren Bereichen das konkrete Leben miteinander bestimmen. In diesen Bereich wesentlicher Imponderabilien gehört auch, was die katholische Presse die „Geheimnistuerei“ des Konzilssekretariates nennt, an der mit abnormem Ernst festgehalten wird, so daß katholische Berichterstatter, von einigen Italienern abgesehen, den Beratungen nicht angemessen folgen können. Muß vor der protestantischen Öffentlichkeit der Eindruck aufrechterhalten werden, daß die Katholiken noch nicht reif sind, sich an einem so freimütigen Konzil zu erfreuen? Diese Randerscheinungen des Konzils behindern, was das Konzil als solches bereits als Erfolg für eine überzeugende Darstellung der Kirche leistet. So darf man sagen, daß es geboten ist, das Anliegen dieser Gebetsmeinung auf die vordergründigen Erscheinungen auszudehnen, nachdem das Gebet auf wunderbare Weise in den wesentlichen Bezeugungen der wahren Kirche Christi eine unerwartete Erfüllung zeitigt.

Die Allgemeinen Gebetsmeinungen des Heiligen Vaters für 1963

Januar: Daß das Verlangen nach kirchlicher Einheit, das unter den Protestanten wach geworden ist, zur Erkenntnis der wahren Kirche Christi führe (Ut

desiderium unitatis ecclesiasticae inter Protestantas vigens ad cognitionem verae Ecclesiae Christi perducatur).

Februar: Daß alle, die am Konzil beteiligt sind, in Liebe und gegenseitigem Verstehen auf das allgemeine Wohl der Kirche bedacht seien (Ut omnes, qui Concilio operam navant, mutua caritate et comprehensione quaerant, quae ad bonum universale Ecclesiae conducant).

März: Daß alle Katholiken sich bewußt werden: die vom Konzil erstrebte Reform der Kirche beginnt mit der sittlichen Erneuerung jedes einzelnen (Ut omnes Catholici sibi conscii fiant renovationem Ecclesiae a Concilio intentam imprimis a singulorum moribus reformandis incipere).

April: Daß die religiöse Unterweisung der Jugend überall den modernen Bedürfnissen angepaßt werde (Ut instructio Catechetica iuventutis, hodiernis necessitatibus accommodata, ubique quam maxime promoveatur).

Mai: Daß Liebe und gegenseitiges Verstehen zu der ersehnten Einheit mit den Brüdern des Ostens führen möge (Ut mutua caritas et comprehensio conatus unionis cum Fratribus separatis Orientalibus ad desideratam finem perducant).

Juni: Daß alle Christen sich zusammenschließen, um durch einen gemeinsamen und mit allen erlaubten Mitteln geführten Kampf alles zu verhindern, was den guten Sitten schadet (Ut omnia, quae bonis moribus obsunt, communi et legitima actione omnium christianorum impediatur).

Juli: Daß Theologen und Prediger die katholische Lehre nach dem lebendigen Lehramt der Kirche und den Bedürf-

nissen der Gegenwart entsprechend darlegen und erklären (Ut theologi et praedicatorum doctrinam sacram secundum magisterium vivum Ecclesiae et necessitates temporis exponant et explicent).

August: Daß in den katholischen Schulen und Konvikten die Jugend in einem wahrhaft übernatürlichen und apostolischen Geist herangebildet werde (Ut in scholis et convictibus catholicis iuventus in spiritu vere supernaturali et apostolico efformetur).

September: Daß durch das Ökumenische Konzil die Priester- und Ordensberufe vermehrt werden (Ut per Concilium Oecumenicum vocationes ad sacerdotium et ad statum religiosum augeantur).

Oktober: Um die Bekehrung jener, die die Kirche verfolgen (Pro conversione omnium, qui Ecclesiam persequuntur).

November: Daß die Beschlüsse des Konzils von Priestern und Laien bereitwillig angenommen und durchgeführt werden (Ut statuta Concilii a Clericis et a Laicis prompto animo accipiantur et in actum deducantur).

Dezember: Daß der Friede unter den Völkern durch gegenseitige Hochschätzung, durch Vertrauen und Liebe nach Kräften gefördert werde (Ut pax inter populos mutua aestimatione, fiducia, caritate pro viribus promoveatur).

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

Die Schweizer Bischöfe über „Mater et magistra“ Zum Eidgenössischen Dank-, Buß- und Betttag am 16. September 1962 ver-

öffentlichten die Schweizer Bischöfe ein Hirten Schreiben über „Die Kirche in der Auseinandersetzung mit den Fragen unserer Zeit — Die Enzyklika *Mater et magistra*“ (vgl. Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 536 ff.), das sie auf ihrer Jahreskonferenz am 3. Juli 1962 in Einsiedeln verfaßt hatten. Die offizielle Übersetzung des französischen Originaltextes hat folgenden Wortlaut:

Am 15. Juli war es ein Jahr her, daß die Enzyklika des Papstes Johannes XXIII. *Mater et magistra* veröffentlicht wurde. Wir meinen, es sei nicht zu spät, unsere Gläubigen eindringlich auf diese Enzyklika hinzuweisen, damit alle möglichst viel Gewinn daraus ziehen können. Selten hat ein kirchliches Dokument wie diese Enzyklika, die man mit Recht „die Enzyklika des christlichen Einsatzes“ genannt hat, sich in so ausdrücklicher Weise an die gesamte Laienwelt gewandt. Schon in der Anrede ist die übliche Nennung der Angehörigen der kirchlichen Hierarchie ergänzt durch die Begrüßung der „Christgläubigen des katholischen Erdkreises“. Vom „christlichen Einsatz“ sprechend, warnt der Heilige Vater die Laien, unter dem Vorwand der Klugheit „sich für die innerweltlichen Angelegenheiten weniger einzusetzen“ (254). Vielmehr müsse man diesen „Einsatz von Tag zu Tag größer und stärker werden“ lassen (254).

Wir sind darum sehr besorgt, daß ihr durch diese Belehrung der Kirche „über die jüngsten Entwicklungen des gesellschaftlichen Lebens und seine Gestaltung im Lichte der christlichen Lehre“ gut unterrichtet seid. Man hat darauf hingewiesen, daß die Anfangsworte der Enzyklika „Mutter und Lehrmeisterin“ einem Brief Leos XIII. an einen unserer Landsleute, den unermüdlichen Pionier der christlichen sozialen Aktion Kaspar Decurtins, entnommen

sind. Wir hoffen, daß dieses durch unseren glorreich regierenden Papst veröffentlichte Dokument in der Schweiz trotz der Versuchungen der wirtschaftlichen Übersättigung nicht nur in den Herzen einiger weniger großmütiger Männer, sondern in der gesamten katholischen Gemeinschaft ein gebührendes Echo finde. „Jeder, der sich Christ nennt“, so sagt der Papst, „muß es als seinen Auftrag und als seine Sendung ansehen, sich mit aller Kraft für die Vervollkommnung der Gesellschaft einzusetzen und bis zum äußersten sich zu bemühen, daß die Menschenwürde in keiner Weise angetastet wird, vielmehr alle Schranken niedergelegt und alle Hilfen bereitgestellt werden, die ein Leben nach der Tugend anziehend machen und befördern“ (Deutsche Ausgabe 179).

I

Die verwandelte Welt

Zwei besondere Merkmale kennzeichnen die Darlegung der katholischen Gesellschaftslehre in *Mater et magistra*: ein aufmerksamer Sinn für die in unserer Zeit gegebene Lage und ein unerschütterlicher, leuchtender Optimismus. Johannes XXIII. gibt zunächst einen Überblick über die Entwicklung der katholischen Gesellschaftslehre, wie sie in den Enzykliken *Rerum novarum* von Leo XIII. und *Quadragesimo anno* von Pius XI. und in der Rundfunkbotschaft von Pfingsten 1941 von Pius XII. dargelegt wurde, wobei er jedes dieser Dokumente des kirchlichen Lehramtes in den geschichtlichen Zusammenhang stellt. Er beschließt diesen Rückblick durch eine Übersicht der Lebensbedingungen, mit denen wir uns heute beschäftigen müssen, denn sie sind es, die in unserer Tätigkeit aufgegriffen werden müssen, wenn unser Handeln fruchtbar sein will. Wir zitieren nur die Aufzählung der auf dem Gebiet „der Wissenschaft, der Technik und der Wirtschaft“ aufgeführten Wandlungen, indem wir es euren sorgsam Nachdenken über euer eigenes Dasein überlassen, noch mehr ähnliche Beispiele im sozialen und politischen Leben zu erkennen: „die Entdeckung der Atomkraft; ihre erste Anwendung zu Kriegszwecken, dann ihre täglich wachsende Nutzung für friedliche Zwecke; die fast unbegrenzten Möglichkeiten der Herstellung synthetischer Stoffe durch die Chemie; die immer mehr zunehmende Anwendung der Automation in der Gütererzeugung und in den Dienstleistungen; die Modernisierung der Landwirtschaft; das fast völlige Schwinden der Entfernungen zwischen den Völkern im Nachrichtenwesen, vor allem durch Rundfunk und Fernsehen; das rasch wachsende Tempo im gesamten Verkehr; schließlich unser Vorstoß in den Weltraum“ (47). Das mag euch, wenn es überhaupt noch nötig ist, von dem zutiefst realistischen Sinn der Enzyklika überzeugen.

Indem die Enzyklika mit scharfem Blick die Situation der gegenwärtigen Welt schildert, stellt sie aber zugleich auch die Sorgen fest, die durch diese Situation verursacht worden sind. Jedoch gewinnt diese sorgenvolle Unruhe nirgendwo im Text die Oberhand. Im Gegenteil herrscht von einem Ende zum anderen ein strahlender Optimismus. „Diese unsere Zeit“, sagt die Enzyklika, „ist in schlimme Irrtümer verstrickt und von tiefgehenden Unordnungen zerrüttet; und doch öffnen sich in dieser unserer Zeit den aktiven Christen unermeßlich weite Felder apostolischen Wirkens“ (260). Und am Schluß seiner Darlegungen findet der Heilige Vater es nicht utopisch, seinen Wunsch dahin zu äußern, daß „eine gerechte soziale Ordnung erstehen

und alle Völker zu Wohlstand, Freude und Frieden führen möge“ (263). Mit dem Klang dieses Optimismus muß man die zu Anfang erwähnte Mahnung an die Christgläubigen hören: Der Heilige Vater predigt uns keine von der Wirklichkeit losgelöste Lehre, er zeichnet uns kein unmögliches Ideal. Es gibt Mittel, um die Welt, in welcher wir leben, zu verbessern. Es ist tatsächlich möglich, die erhabene Lehre von *Mater et magistra* in die Wirklichkeit zu überführen: eine schwere Verantwortung für die Christen, die auch auf dem sozialen Feld die wirksamen Mittel in der Hand haben, die Welt zu retten, vorausgesetzt, daß sie von der Sorge um die Wahrheit beherrscht sind, einer Sorge, die sich nicht unter dem Vorwand des bewährten Althergebrachten der Wahrheit verschließt, daß die Grundsätze zwar unwandelbar, ihre Anwendung auf die verschiedenen Gebiete und Umstände aber stetigem Wechsel unterworfen sind. „Wer ‚Licht im Herrn‘ (Eph. 5, 8) geworden ist und ‚als Kind des Lichtes‘ (vgl. ebd.) wandelt, der kann tatsächlich sicher beurteilen, was die Gerechtigkeit in den verschiedenen Bereichen menschlichen Wirkens zu tun verlangt“ (257).

II

Mißverhältnis innerhalb der einzelnen Wirtschaftssektoren und der Völker

Wir können hier natürlich nicht den reichen Lehrgehalt von *Mater et magistra* zusammenfassen. Wir möchten nur zur Lesung aneifern, indem wir euch gewisse Proben aus der Enzyklika anbieten. Zunächst ist auf die zwei großen Themen des dritten Teiles hinzuweisen. Die Enzyklika behandelt hier zwei neue, über die früheren päpstlichen Verlautbarungen hinausgehende Fragen, die sich aus dem Studium des Mißverhältnisses zwischen wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung unserer Zeit ergeben. Dieses Mißverhältnis besteht 1. innerhalb der Nationalwirtschaft, besonders zwischen der Landwirtschaft und den anderen Wirtschaftssektoren, und 2. in der Weltwirtschaft, d. h. zwischen den industrialisierten Ländern und den Entwicklungsländern.

1. Mißverhältnis zwischen den verschiedenen Wirtschaftssektoren und die Forderung der Zusammenarbeit in Solidarität

Mit allem Freimut wird das Problem des Rückstandes der Landwirtschaft im Vergleich zur riesenhaften Entwicklung in Wirtschaft, Wissenschaft und angewandter Technik behandelt. Die hier gebotene Lehre verdient unsere besondere Aufmerksamkeit. Die Landwirtschaft bleibt ja auch in der Schweiz ein grundlegender Faktor unseres Gemeinschaftslebens. Wir möchten bei dieser Gelegenheit feststellen, daß, entgegen von da und dort geäußerten Ansichten, die Gesellschaftslehre der Kirche der Frage der Landwirtschaft dieselbe Aufmerksamkeit schenkt wie der Arbeiterfrage. Wir wünschen aufrichtig, daß die diesbezüglichen Teile von *Mater et magistra* entsprechende Beachtung finden in der Behandlung der landwirtschaftlichen Probleme unserer Bergbevölkerung wie auch jener Teile auf dem flachen Lande, welche gegenüber anderen offenbar weniger begünstigt sind. Im Hinblick auf die „Landflucht“ sagt der Heilige Vater: „Wir meinen nun, wer aus der Landwirtschaft in die anderen Wirtschaftszweige abwandert, tut das zwar oft aus Gründen, die mit der Entwicklung der Wirtschaft zusammenhängen; nicht selten

aber ist mancherlei anderes mit im Spiel. Vorzugsweise seien genannt: der Wille, aus der Enge herauszukommen, die keine Aufstiegsmöglichkeiten in Aussicht stellt; der Drang nach Erlebnissen und Abenteuern, der die heutige Generation erfaßt hat; die Sucht nach rasch zu erwerbendem Reichtum; der glühende Durst nach freierem Leben und jenen Annehmlichkeiten, wie Räume dichter Besiedlung und besonders Großstädte sie eben zu bieten haben. Ohne Zweifel verläßt aber die Landbevölkerung auch deshalb die Scholle, weil sie sich fast überall hinter der Entwicklung zurückgeblieben sieht — sowohl was die Arbeitsproduktivität als auch ihre Lebenshaltung angeht“ (124). Die Enzyklika behandelt in ausgedehntem Maße die möglichen Heilmittel gegen diesen üblen Zustand. Sie verlangt für die landwirtschaftliche Bevölkerung die Bereitstellung der Mittel, die „allen zugute kommen“: „Wegbau, Ausbau des Transport-, Post- und Fernmeldewesens, Trinkwasserversorgung, Wohnungsbau, Gesundheitswesen, Volks-, Berufs- und Fachschulwesen; alles, was zur seelischen Erhebung und zur Arbeitsruhe gehört; schließlich alles, was eine zeitgemäße Ausstattung und Ausrüstung des landwirtschaftlichen Betriebes ausmacht“ (127). Im Anschluß daran spricht die Enzyklika von dem ausgeglichenen Wachstum der verschiedenen Produktionszweige. Hierzu sei eine „kluge“ Politik notwendig, welche „auf Steuern und Abgaben, auf das Kreditwesen, die Sozialversicherung, die Preisbildung, die Förderung weiterverarbeitender Industrien, schließlich auf bessere Ausstattung der bäuerlichen Betriebe mit Inventar“ achtet (131). Allerdings müssen die Bauern selbst jene sein, welche im Interesse ihres Vorwärtkommens die zuerst Handelnden sind. „Die in der Landwirtschaft Tätigen müssen sich ihresgleichen solidarisch verbunden fühlen und gemeinsam darangehen, Hilfs- oder Förderungs-genossenschaften und Fachverbände ins Leben zu rufen“ (146). Dies schließt aber die Mithilfe aller anderen Sektoren nicht aus; sie müssen auf ihre Pflicht zur Solidarität mit der Landwirtschaft im Gesamtrahmen der Entwicklung achten.

2. Mißverhältnis in der Entwicklung der verschiedenen Kontinente und Notwendigkeit der internationalen Zusammenarbeit

„Eine der größten unserer Zeit gestellten Aufgaben“, so führt nun die Enzyklika weiter aus, „ist wohl diese, zwischen den wirtschaftlich fortgeschrittenen und den wirtschaftlich noch in Entwicklung begriffenen Ländern die rechten Beziehungen herzustellen“ (157). Nach kurzer Skizzierung des Problems und der unternommenen Lösungsversuche brandmarkt der Heilige Vater die üblen und geradezu herausfordernden Mißstände unserer Zeit. Es handelt sich um das gleichzeitige Auftreten von Hunger und Elend auf der einen Seite und von Überproduktion von Nahrungsmitteln auf der anderen Seite. „Lebensnotwendige Güter einfach zu vernichten oder sonstwie zu vergeuden verstößt unter solchen Umständen gegen Gerechtigkeit und Menschlichkeit“ (161), erklärt kategorisch die Enzyklika. Ohne irgendwie zu verkennen, „daß, wenn irgendwo die Gütererzeugung, vor allem an Agrarprodukten, den Bedarf der Bevölkerung übersteigt, dies für bestimmte Berufsgruppen zu Schwierigkeiten führen kann“, so sieht der Heilige Vater doch die Pflicht, „den ärmeren und hungernden Völkern Hilfe zu leisten“ (162).

Man muß aber auch weiter als nur an die dringendsten Fälle denken. Das Problem der Unterentwicklung des

größten Teils der Weltbevölkerung verlangt eine tiefere Lösung. Vieles ist bereits getan durch „internationale und nationale Institutionen, ebenso private Unternehmen und Gesellschaften“ (165). Die Enzyklika, welche diese Bemühungen lobend anerkennt, stellt jedoch fest: „Zu wünschen bleibt, daß in Zukunft die wirtschaftlich starken Länder ihre Bemühungen mehr und mehr vereinigen, um den Entwicklungsländern zu helfen, in Wissenschaft, Technik und Wirtschaft Fortschritte zu machen“ (165). Der Heilige Vater sieht klar und entschlossen die unausbleibliche Forderung, die sich aus dem ungeheuren Notzustand ergibt: „Der Gedanke an die Zukunft und die harte Not der Gegenwart zwingen dazu, mehr und rationeller zu produzieren. Ebenso gebieten Sachnotwendigkeit und Gerechtigkeit, alle Staatsbürger an dem erzeugten Reichtum in billigem Ausmaße teilnehmen zu lassen“ (168). Die Hilfe von seiten der wirtschaftlich fortgeschrittenen Länder ist unabdingbar für die Verwirklichung eines solch großen Werkes. Der Heilige Vater mahnt ernstlich die wirtschaftlich fortgeschrittenen Länder, „sich, wenn sie wirtschaftlich schwächeren Ländern helfen, davor zu hüten, auf deren politische Verhältnisse in eigennütziger Weise Einfluß zu nehmen, um Herrschaftsansprüche durchzusetzen“ (171). Er weist auf die Gefahr hin, die sich aus der Tatsache ergeben würde, wenn die technische Hilfe an die Entwicklungsländer mit Nebenabsichten geleistet würde. „Es liefe das offenbar darauf hinaus, eine neue Form von Kolonialherrschaft aufzurichten, die unter einem heuchlerischen Deckmantel die frühere, überholte Abhängigkeit wiederherstellen würde, von der viele Staaten sich erst vor kurzem frei gemacht haben“ (172). Man solle die kennzeichnenden Merkmale der einzelnen Länder respektieren, denn sie ergeben sich „aus der Natur, ihrer Lage, aus ihren menschlichen wertvollen Traditionen oder aus der besonderen Veranlagung der Bevölkerung“ (169). Die fortgeschrittenen Länder haben übrigens allen Grund, gegen sich selbst mißtrauisch zu sein. Es bedeutete eine wirkliche Katastrophe, welche den Entwicklungsländern durch jene fortgeschrittenen Länder bereitet würde, „denen an einer gerechten Güterordnung nichts liegt“, weil sie die geistigen Werte „allzusehr vernachlässigen, völlig übersehen oder sie überhaupt leugnen“ (176). Selbstbewußtsein, aber zugleich auch das Bewußtsein einer notwendigen Zusammenarbeit aller ist die rechte Auffassung: „Jedes Problem von einiger Bedeutung, stelle es sich nun auf dem Gebiet der Wissenschaft, der Technik, der Wirtschaft und Gesellschaft, der Politik oder der Kultur, übersteigt darum sehr oft die Möglichkeiten eines einzelnen Landes. Es steht oft in internationalen, ja weltweiten Zusammenhängen“ (201). „Die einzelnen Länder sind darauf angewiesen, sich gegenseitig auszuhelfen und zu ergänzen; so können sie ihr eigenes Wohl nur wahren, wenn sie zugleich auf das Wohl anderer Länder Bedacht nehmen. Darum sind Einvernehmen und Zusammenarbeit dringend geboten“ (202). Unser eigenes Land spielt in dieser Hinsicht auf Grund seiner politischen Neutralität eine besondere Rolle. Da diese Neutralität uns in der Vergangenheit inmitten schwerer Stürme Ruhe gesichert hat, haben wir heute eine ungeheure Verpflichtung gegenüber den Entwicklungsländern. Unsere materielle Wohlfahrt, welche uns durch diese Ruhe beschieden wurde, erlaubt es uns sicherlich, jene zu unterstützen, welche in Elend leben. Das Ansehen der Unparteilichkeit, das wir genießen, schafft außerdem eine gewisse Atmosphäre des Vertrauens, das wir nicht enttäuschen dürfen.

Unwandelbare Wahrheiten und aktuelle Probleme

Wir möchten nun einige Punkte des zweiten Teiles der Enzyklika hervorheben, weil dieser unmittelbar der Vertiefung einiger Lehrstücke gewidmet ist, wie wir sie in früheren Dokumenten des kirchlichen Lehramtes nicht so ausgeprägt vorfinden. Die Art und Weise, in welcher *Mater et magistra* diese Fragen behandelt, ist nicht weniger charakteristisch. Man findet hierbei Ausdrücke, Lehrgelände und Anregungen, die in päpstlichen Dokumenten zum erstenmal auftauchen. Die Gläubigen müssen diesen die größte Aufmerksamkeit schenken. Wenngleich die christliche Wahrheit ewig ist, so nehmen doch ihre Antworten auf die wechselvollen Fragen jeweils eine andere Form an. Gerade im sozialen Leben muß man aus der Zeit, in der Zeit und mit der Zeit sein. In dieser Hinsicht sind die Darlegungen dieses Teiles von *Mater et magistra* überaus lehrreich.

1. Die Prinzipien einer gesunden Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung

Die Presse hat großes Aufheben bezüglich eines Begriffes gemacht, der am Anfang dieses Kapitels verwendet wird. Der Papst spricht hier von der zunehmenden „gesellschaftlichen Verflechtung“ unseres Lebens. In der zwar nicht offiziellen, aber zugleich mit dem lateinischen Original durch die vatikanische Druckerei veröffentlichten Übersetzung ist von der „Vergesellschaftung der Beziehungen im Zusammenleben“ die Rede. Man muß hier in den Sachverhalt eindringen, den der Heilige Vater im Auge hatte, und darf nicht mehr in den Text hineinlegen und nicht mehr aus ihm herauslesen, als wirklich in ihm enthalten ist. Man übertreibt, wenn man hier von einem Gesinnungswandel der Kirche gegenüber den von ihr früher zurückgewiesenen Lehren spricht. Man übertreibt aber auch im gegenteiligen Sinne, wenn man die Worte ihres Sinnes entleert. Man mißkennt die darin ausgesprochene Tatsache, daß wir uns bei der gesellschaftlichen Verflechtung einem „kennzeichnenden Merkmal unserer Zeit“ gegenübersehen (59). Johannes XXIII. sagt von diesen Tendenzen zur gesellschaftlichen Verflechtung, sie seien „teils das Ergebnis, teils Ausdruck eines sozusagen unwiderstehlichen Strebens der menschlichen Natur; des Strebens, sich mit anderen zusammenzutun, wenn es darum geht, Güter zu erlangen, die von den einzelnen begehrt werden, jedoch die Möglichkeiten und Mittel der einzelnen übersteigen“ (60). Die „Vergesellschaftung“, von welcher die Enzyklika spricht, ist also nichts anderes als „ein Anwachsen der gesellschaftlichen Verflechtungen, dieses täglich dichter werdende Netz sozialer Beziehungen zwischen den Menschen, die ihr Leben und Wirken durch eine Fülle von Organisationen bereichert haben, teils privatrechtlicher, teils öffentlich-rechtlicher Art“ (59). Die Enzyklika sieht in der so verstandenen „Vergesellschaftung“ manche Vorteile: „So kann zahlreichen Rechtsansprüchen der Person Genüge geschehen, insbesondere solchen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Natur“ (61). Im Hinblick auf die möglichen Gefahren dieser „Vergesellschaftung“ erklärt die Enzyklika: „Werden also mit fortschreitendem Vergesellschaftungsprozeß die Menschen entpersönlicht werden und aufhören, eigenverantwortlich zu sein? Dem ist entschieden zu widersprechen“ (62). Darum kann der Heilige Vater in der augenblicklichen Entwicklung der sozialwirtschaftlichen Faktoren nicht

etwa „das Produkt unwiderstehlich wirkender Naturgewalten“ sehen (63). Diese Entwicklung ist vielmehr eine Schöpfung des freien Menschen selbst. Es liegt an der Freiheit des Menschen, das Heft fest in der Hand zu halten, um nicht auf Abwege zu geraten, um unentwegt durch die persönliche Verantwortung die Gesellschaftsglieder auf deren wahres Ziel auszurichten: die Verwirklichung des Gemeinwohls. „Dieses umfaßt ja den Inbegriff jener gesellschaftlichen Voraussetzungen, die den Menschen die volle Entfaltung ihrer Werte ermöglichen oder erleichtern“ (65). Um aber einem zu starken Eindringen staatlicher Maßnahmen bei dieser betont gesellschaftlichen Besorgung des Gemeinwohls zu wehren, hält die Enzyklika es für notwendig, daß „die leistungsgemeinschaftlichen Gebilde sowie die vielfachen Unternehmungen, in denen der Vergesellschaftungsprozeß sich vorzugsweise abspielt, sich wirklich kraft eigenen Rechts entwickeln können“ (65). Die Enzyklika hat etwas weiter oben in vollem Umfang die Lehre Pius' XI. über das Subsidiaritätsprinzip übernommen, gemäß welchem „es gegen die Gerechtigkeit verstößt und zugleich überaus nachteilig ist und die rechte Ordnung verwirrt, dasjenige, was die kleineren und untergeordneten Gemeinwesen leisten und zum guten Ende führen können, für die weitere und übergeordnete Gemeinschaft in Anspruch zu nehmen“ (53). Wir möchten bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß dieses Prinzip der gesunden und bewährten Tradition entspricht, auf welcher die Struktur unseres schweizerischen Staates aufbaut. Diese verlangt für den harmonischen Ablauf der Dinge, daß ein jeder, von unten bis nach oben, an seinem Platz sich der Verantwortung, welche ihm die direkte Demokratie auferlegt, bewußt sei, nämlich Träger des allgemeinen Wohles zu sein.

2. Das Privateigentum: seine Rechtfertigung und seine Pflichten

Der Heilige Vater hat es für wichtig gehalten, in der Enzyklika nochmals das naturrechtliche Fundament des Privateigentums zu unterstreichen. Auch hier hat er das Problem in Kontakt mit unserer Zeit gebracht, wobei er auch auf die Zweifel derer eingeht, welche die Privateigentumsordnung nicht mehr für aktuell halten. Dagegen erklärt er unmißverständlich: „Das Recht auf Privateigentum, auch an Produktionsmitteln, gilt für jede Zeit. Es ist in der Natur der Dinge selbst grundgelegt, die uns belehrt, daß der einzelne Mensch früher ist als die bürgerliche Gesellschaft und daß diese zielhaft auf den Menschen hingeeordnet sein muß. Übrigens würde die Anerkennung des menschlichen Rechts auf wirtschaftliche Privatinitiative gegenstandslos, wollte man dem Menschen nicht zugleich auch die Möglichkeit einräumen, die für die Ausübung dieses Rechts notwendigen Mittel selbst zu bestimmen und anzuwenden“ (109). Damit jedoch niemand aus dieser Lehre den Vorwand schöpfe, er könne sich von den entsprechenden Pflichten als entbunden betrachten, ruft der Heilige Vater „die soziale Funktion“ in Erinnerung, welche im Recht auf Eigentum beschlossen ist (119). Mehr noch, jeder Bürger, der sich der Grundlage des Rechts auf Privateigentum bewußt ist, muß dahin mitwirken, daß solche gesetzliche Maßnahmen geschaffen werden, auf Grund deren jedes Gesellschaftsglied leichten Zugang zu Eigentum erhalten kann. Es ist hierbei an eine bessere Organisation des Spar- und Kreditwesens und, wo es notwendig ist, an die energische Eindämmung der Spekulation zu denken.

3. Gerechte Entlohnung und Teilhabe am Unternehmen

Wir dürfen diese kurze Darlegung des Inhaltes von *Mater et magistra* nicht beschließen, ohne noch einen kurzen Augenblick auf die hauptsächlichsten Lehrpunkte bezüglich der Entlohnung der Arbeit und der Reform der Unternehmensverfassung einzugehen. Der Heilige Vater beklagt „die traurige Tatsache, daß in vielen Ländern und ganzen Erdteilen zahllosen Arbeitern ein Lohn gezahlt wird, der ihnen selbst und ihren Familien wirklich menschenunwürdige Lebensbedingungen aufzwingt“ (68). Glauben wir jedoch nicht, daß unsere fortgeschrittene Wirtschaftsgesellschaft sich hierin nichts vorzuwerfen hätte. Laßt es uns sagen, daß auch wir Schweizer zu jenen gehören, an die der Heilige Vater folgende Worte richtet: „In den wirtschaftlich fortgeschrittenen Ländern erzielen Leistungen von geringerer Bedeutung oder fraglichem Wert nicht selten hohe und höchste Entgelte, während die ausdauernde und wertschaffende Arbeit ganzer Schichten arbeitsamer und ehrbarer Bürger allzu niedrig und für den Lebensunterhalt unzureichend entgolten wird oder jedenfalls in keinem gerechten Verhältnis zu dem geleisteten Beitrag zum allgemeinen Wohl oder zum Gewinn der betreffenden Unternehmen oder zum Volkseinkommen“ steht (70). Die Enzyklika weist besonders darauf hin, daß man, ohne etwa die verschiedenen zur Produktion nötigen Faktoren in ihrer Bedeutung zu übersehen, den Gewinn gerechter unter allen Beteiligten verteilen müsse, wobei auch an den auserlesenen Anteil der Arbeit gedacht werden müsse. Von der Arbeit sagt der Heilige Vater: „Diese ist unmittelbarer Ausfluß der menschlichen Natur und deshalb wertvoller als Reichtum an äußeren Gütern, denen ihrer Natur nach nur der Wert eines Mittels zukommt“ (107).

In zwei Grundforderungen faßt die Enzyklika ihre Sorge um die rechte Einschätzung der Arbeiter zusammen. Zunächst dürfe man im Hinblick auf den tieferen Sinn der Arbeit die Bestimmung des Lohnes nicht einfachhin dem freien Wettbewerb überlassen, sondern müsse sich an den Maßstab „von Gerechtigkeit und Billigkeit“ halten, wobei naturgemäß auch an die wirtschaftliche Lage des Unternehmens und des Gesamtwohls zu denken sei (71). Im Anschluß daran ruft die Enzyklika in Erinnerung, „daß der wirtschaftliche Wohlstand eines Volkes weniger zu bemessen ist nach der äußeren Fülle von Gütern, über die seine Glieder verfügen, als vielmehr nach ihrer gerechten Verteilung, so daß alle im Lande etwas davon für die Entfaltung und Vervollkommnung ihrer Persönlichkeit erhalten“ (74). Im Zusammenhang mit diesen Gedanken weist der Heilige Vater auf die aus Gewinnen gespeiste Selbstfinanzierung der Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen hin und meint hierzu, daß in diesen Fällen den Arbeitern ein rechtmäßiger Anspruch an diese Unternehmen zuzuerkennen sei, den die Unternehmen einzulösen hätten, vor allem dann, wenn sie im übrigen nicht mehr als den Mindestlohn zahlen (vgl. 75).

Ferner spricht die Enzyklika in der Sorge um die persönliche Würde des Arbeiters die Forderung aus, ein Teil der Verantwortung in der Führung des Unternehmens müsse den Arbeitern zukommen. „In der menschlichen Natur selbst ist das Bedürfnis angelegt, daß, wer produktive Arbeit leistet, auch in der Lage sei, den Gang der Dinge mitzubestimmen und durch seine Arbeit zur Entfaltung seiner Persönlichkeit zu gelangen“ (82). Mit anderen Worten: die Unternehmensverfassung muß so sein, daß sie die

Würde des Menschen respektiert und den Sinn für Verantwortung und das aktive Mittun des Arbeiters fördert, entgegen einer überholten Auffassung, welche den Menschen zum reinen Mittel erniedrigte. In diesem Zusammenhang spricht sich die Enzyklika über die Bedeutung des kleinen und mittleren Unternehmens aus, ohne dabei etwa für die Aufrechterhaltung veralteter Produktionsweisen zu sprechen. „Die weitergehende Verantwortung, die heute in verschiedenen Wirtschaftsunternehmen den Arbeitern übertragen werden soll, entspricht durchaus der menschlichen Natur; sie liegt aber auch im Sinn der geschichtlichen Entwicklung von heute in Wirtschaft, Gesellschaft und Staat“ (93). Um diese Ziele zu verwirklichen, sei es, so sagt die Enzyklika, unerlässlich, daß die Arbeiter sich organisieren, nicht nur um ihre gerechten Forderungen zur Geltung zu bringen, sondern auch um im öffentlichen Leben die Stimme jenes Teiles der Gesellschaft hören zu lassen, den sie vertreten (vgl. 97—99). Darum lobt der Heilige Vater die Arbeit der Berufsorganisationen und der Gewerkschaften christlichen Geistes.

Schluß:

Empfehlung der Lesung der Enzyklika

Am Schluß dieser Darlegungen über die Enzyklika *Mater et magistra* bleibt uns nichts anderes noch zu sagen, als den Wunsch auszudrücken, daß alle Schweizer Katholiken in gelehrigem Eifer den Weisungen der um das Wohl aller Menschen tief besorgten Mutter, der Kirche, folgen und mit Ausdauer an das Studium und an die Verwirklichung des Lehrgehaltes der Enzyklika gehen möchten. „Wer sich von der christlichen Liebe leiten läßt“, so sagt Johannes XXIII. in der Enzyklika, „muß auch andere lieben; so empfindet er auch deren Nöte, Krankheiten und Freuden als seine eigenen. Sein Wirken, wo immer es geschieht, ist kraftvoll, ist froh, ist voller Menschlichkeit und bemüht um das Wohl der andern. Denn ‚die Liebe ist langmütig, die Liebe ist freundlich und ohne Neid, die Liebe prahlt nicht und bläht sich nicht auf. Sie benimmt sich nicht anmaßend und sucht nicht ihren Vorteil; sie läßt sich nicht aufreizen, sie trägt das Böse nicht nach; sie freut sich nicht über das Unrecht, sie freut sich mit an der Wahrheit. Alles trägt sie, alles glaubt sie, alles hofft sie, alles duldet sie‘ (1 Kor. 13, 4—7)“ (257).

In diesem Sinn gebe Gott euch seinen Segen, damit wir unter seiner Leitung und Führung so durch die zeitlichen Güter schreiten, daß wir dabei die ewigen nicht verlieren.

Aus dem Vatikan

Die Friedens- mahnung Papst Johannes' XXIII.

Am 25. Oktober 1962, drei Tage bevor Chruschtschow in einem dritten Schreiben an Präsidenten Kennedy seine Bereitschaft zum Abzug der auf Kuba stationierten Raketen zum Ausdruck brachte, richtete Papst Johannes XXIII. über Radio Vatikan einen eindringlichen Friedensappell an die Völker der Welt und ihre verantwortlichen politischen Repräsentanten. Die Ansprache, die wir hier in eigener Übersetzung wiedergeben, wurde im „Osservatore Romano“ vom 26. Oktober 1962 veröffentlicht. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Ach, Herr, möchte doch dein Ohr auf das Gebet deines Knechtes und auf das Flehen deiner Diener achtgeben, die es lieben, deinen Namen zu fürchten“ (Neh. 1, 11).

Während soeben das Zweite Vatikanische Ökumenische Konzil unter der freudigen Anteilnahme und Erwartung aller Menschen guten Willens eröffnet wurde, beginnen von neuem drohende Wolken den internationalen Horizont zu verfinstern und in Millionen von Familien Furcht zu säen.

Der Kirche, so haben Wir beim Empfang der 86 außerordentlichen Regierungsdelegationen, die bei der Eröffnung des Konzils anwesend waren, gesagt, liegt nichts so sehr am Herzen wie der Friede und die Brüderlichkeit unter den Menschen, und sie arbeitet ohne Unterlaß an deren Verwirklichung. Wir erinnerten bei jener Gelegenheit an die schweren Pflichten derer, die Verantwortung tragen, und fügten hinzu: „Mit der Hand auf dem Herzen mögen sie den Angstschrei hören, der aus allen Teilen der Welt, von den unschuldigen Kindern bis zu den Alten, von den Einzelnen bis zu den Gemeinschaften, aufsteigt zum Himmel: Friede, Friede!“ [vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 94].

Wir erneuern heute diesen feierlichen Aufruf. Wir beschwören alle Regierenden, diesem Schrei der Menschheit gegenüber nicht taub zu bleiben. Mögen sie alles, was in ihrer Macht steht, tun, den Frieden zu erhalten. Sie werden so der Welt die Schrecken eines Krieges ersparen, dessen mögliche furchtbare Folgen niemand absehen kann.

Mögen sie fortfahren zu verhandeln, denn ein solch loyales und offenes Verhalten hat eine große Zeugniskraft vor dem Gewissen des einzelnen und vor der Geschichte. Verhandlungen vorzuschlagen, zu ermöglichen und anzunehmen auf jeder Ebene und zu jeder Zeit ist eine Weisheits- und Klugheitsregel, die den Segen des Himmels und der Erde auf sich zieht.

Mögen alle Unsere Kinder, mögen alle, die das Zeichen der Taufe tragen und sich von der christlichen Hoffnung leiten lassen, mögen schließlich alle, die mit Uns eins sind im Glauben an Gott, ihr Gebet mit dem Unsrigen vereinen, um vom Himmel das Geschenk des Friedens zu erlangen. Eines Friedens, der nur wahr und dauerhaft sein wird, wenn er auf Gerechtigkeit und Billigkeit gegründet ist.

Allen, die an diesem Frieden bauen, und allen, die mit ehrlichem Herzen zum wahren Wohl der Menschen arbeiten, werde der große Segen zuteil, den Wir ihnen in Liebe im Namen dessen übermitteln, der „Friedensfürst“ (Is. 9, 6) genannt werden wollte.

Aus Amerika

Die Verstädterung in Lateinamerika Die im vorliegenden Heft enthaltene Soziographische Beilage zeigt, wie weit die Verstädterung in Lateinamerika fortgeschritten ist und wie dieser Kontinent in dieser Hinsicht sogar Nordamerika übertrifft (vgl. vor S. 137). Die Urbanisation beschränkt sich dabei auf sehr wenige Städte (oft nur die Hauptstädte), wodurch die Konzentration in den Küstengebieten noch verstärkt wird.

In diesem Zusammenhang können im folgenden die einzelnen Großstädte mit ihren Einwohnerzahlen des Jahres 1958 genannt werden. Die summarischen Prozentzahlen geben den Anteil der Großstadtbevölkerungen des jeweiligen Landes an seiner Gesamtbevölkerung wieder.

Es sind in alphabetischer Reihenfolge zunächst die Staaten Mittelamerikas, dann diejenigen Südamerikas aufgeführt.

<i>Costa Rica</i>			
San José	221 471		20,1 %
<i>Dominikanische Republik</i>			
Ciudad Trujillo	310 735		11,1 %
<i>El Salvador</i>			
San Salvador	221 708		9,1 %
<i>Guatemala</i>			
Ciudad de Guatemala	367 629		10,4 %
<i>Haiti</i>			
Port-au-Prince	145 824		4,3 %
<i>Honduras</i>			
Tegucigalpa D. C.	106 900		5,8 %
<i>Jamaica</i>			
Kingston	379 599		23,6 %
<i>Kuba</i>			
Camagüey	110 388	}	20,2 %
La Habana	785 455		
Marianao	219 278		
Santiago de Cuba	163 237		
<i>Mexiko</i>			
Aguascalientes	103 315	}	20,7 %
Chihuahua	122 346		
Ciudad Juarez	255 703		
Guadalajara	561 338		
Leon	183 644		
Matamoros	108 054		
Mérida	191 778		
Mexicali	173 714		
Mexico D. F.	3 161 629		
Monterrey	531 623		
Morelia	101 395		
Nueva Laredo	100 289		
Puebla de Zaragoza	296 324		
San Luis Potosí	185 619		
Tampico	105 048		
Tijuana	168 394		
Torréon	197 315		
Veracruz Llave	133 338		
Villa de Guadalupe Hidalgo	118 234		
<i>Nikaragua</i>			
Managua	191 037		13,4 %
<i>Panamá</i>			
Panamá	234 610		23,6 %
<i>Puerto Rico</i>			
Ponce	115 192	}	23,3 % (1960)
San Juan	432 508		
<i>Argentinien</i>			
Avellaneda	355 494	}	39,5 %
Bahía Blanca	139 249		
Buenos Aires	3 767 887		
Córdoba	467 419		
General San Martín	326 022		
La Matanza	112 833		
Lanus	293 719		
La Plata	256 036		
Lomas de Zamora	159 302		
Mar del Plata	141 886		
Mendoza	132 182		
Morón	139 098		
Paraná	103 115		
Quilmes	150 963		
Rosario	561 637		
San Isidoro	114 870		
San Juan	112 286		
San Miguel de Tucumán	261 095		
Santa Fe	202 592		
Vicente López	190 476		
<i>Bolivien</i>			
La Paz	339 279		10,2 % (1957)

<i>Brasilien</i>		
Belem	319 474	}
Belo Horizonte	527 270	
Curitiba	240 015	
Fortaleza	375 624	
Goiânia	104 745 (1960)	
João Pessoa	144 470	
Maceio	153 547	
Manaus	174 163	
Natal	172 667	
Nitéroi	226 659	
Porto Alegre	532 624	
Recife	733 870	
Rio de Janeiro	3 030 619	
Salvador	551 525	
Santos	198 405 (1950)	
São Luis	157 469	
São Paulo	3 315 553	
Teresina	115 200	
<i>Chile</i>		
Concepción	160 119	}
Santiago de Chile	820 037	
Valparaiso	267 679	
Vina del Mar	104 318	
<i>Ecuador</i>		
Guayaquil	430 000	}
Quito	249 914	
<i>Kolumbien</i>		
Barranquilla	392 330	}
Bogotá	1 064 740	
Bucaramanga	173 740	
Cali	503 530	
Cartagena	162 610	
Cúcuta	126 310	
Ibagué	128 540	
Manizales	156 270	
Medellín	545 860	
Palmira	112 620	
Pasto	106 640	
Pereira	165 310	
Tulua	105 460	
<i>Paraguay</i>		
Asunción	279 216	16,6 %
<i>Perú</i>		
Arequipa	119 552	}
Callao	127 481	
Lima	1 160 671	
<i>Uruguay</i>		
Montevideo	860 000	32,6 % (1955)
<i>Venezuela</i>		
Barquisimeto	189 315	}
Caracas	1 067 000	
Maracaibo	424 357	
Maracay	117 128	
Valencia	135 680	

Aus dem Fernen Osten

Die „Neue Ära“ der Philippinen unter Führung von Präsident Macapagal

In feierlicher Audienz empfing Papst Johannes XXIII. am 9. Juli 1962 den am 14. November vorigen Jahres gewählten Präsidenten der Philippinen, Diosdado Macapagal, nebst Gattin und dreien seiner vier Kinder. Die betont herzliche Begegnung ging in ihrer Bedeutung über einen der üblichen Empfänge von Staatsoberhäuptern im Vatikan hinaus. Hatte doch Macapagal den Wahlkampf unter Verkündigung eines Programms sittlich-religiöser Erneuerung des gesellschaftlichen und politischen Lebens seiner Nation, deren Bevölkerung von etwa 27,5 Millionen Menschen zu 81,5 Prozent katholisch

ist, geführt und für den Fall seiner Wahl eine rücksichtslose Ausmerzung der sittlichen Fäulnisherde im staatlichen Leben versprochen. Ein solches Programm kann natürlich nur die wärmste Unterstützung der Kirche finden. Der Papst wies in seiner Begrüßungsansprache, die er in Spanisch begann und in englischer Sprache beendete, wieder einmal darauf hin, daß die Philippinen der Leuchtturm der Katholizität in Fernasien seien, und fuhr dann, an den Präsidenten gewandt, fort: „Mit besonderem Interesse und besonderer Sympathie verfolgen Wir die ständige Aufwärtsentwicklung der philippinischen Nation, deren oberste Entwicklungsgrundsätze Sie anzeigten, indem Sie ihr hohe und höchste Ziele zur Festigung der sittlichen und christlichen Werte im öffentlichen und privaten Leben wiesen.“ In seiner Antwort sagte der Präsident u. a.: „Trotz der großen Entfernung [von Rom] hat der christliche Glaube die fernen Gestade der Philippinen erleuchtet und jener Nation, der ersten und großen christlichen und katholischen Nation des Fernen Ostens, einen kraftvollen Antrieb zur sittlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklung gegeben. Dem Volkscharakter vermittelt er zudem eine eigene Prägung.“ Der Präsident versicherte dann, daß die Regierung der Nation nach den Lehren des Evangeliums tätig sei, zur Verteidigung der Wahrheit und für die sittliche und materielle Höherführung des Volkes.

Zur Vorgeschichte der Präsidentenwahl

Da die Verfassung des jungen, 1946 selbständig gewordenen Staates jener der Vereinigten Staaten weitestgehend nachgebildet ist, besitzt jede Präsidentenwahl auf den Philippinen eine ähnliche Bedeutung für dieses Land wie die Wahl eines neuen Präsidenten für die USA. Nicht alle Präsidenten der Philippinen waren den Anforderungen ihres Amtes gewachsen. Einige konnten mit den inneren Mißständen, zu denen vor allem die eingewurzelte Korruption, der Ämterschacher und ein unwürdiges Spiel von Cliques der „Berufspolitiker“ um die Macht im Staate gehören, nicht fertig werden. Das Regime des Präsidenten Quirino hatte vor der Präsidentenwahl des Jahres 1953 derart abgewirtschaftet, daß man besonders angesichts der kommunistischen Drohung eine echte Staatskrise voraussehen mußte. Damals wurde als neuer Präsident Ramon Magsaysay gewählt, der sich schon als Partisanenführer gegen die Japaner und später als Verteidigungsminister durch seine schroff antikommunistische, aber zugleich unbestechliche, echt soziale Haltung ausgezeichnet hatte und eine sehr große Popularität genoß. Es gelang ihm, die revolutionär-kommunistische Bewegung durch eine Politik des sozialen Ausgleichs aufzufangen und der übrigen asiatischen Welt das Beispiel einer positiven Form der Unterdrückung des Kommunismus zu geben, der praktisch seither auf den Philippinen nicht mehr zum Zuge kam, obwohl er seine Wählerarbeit fortsetzt, indem er heute vor allem in die Intellektuellenkreise einzudringen versucht und sich bemüht, einen hypernationalistischen Kurs im Lande zu stärken und sich so als eine echt nationale Bewegung aufzuspielen. Unter der weitblickenden Führung Magsaysays nahmen die Philippinen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet einen steilen Aufstieg. Allzu früh fiel dieser Mann am 17. März 1957 einer Flugzeugkatastrophe zum Opfer. Der damalige Vizepräsident Carlos P. Garcia rückte zunächst automatisch in das Präsidentenamt ein und wurde im November jenes Jahres dann endgültig für vier Jahre zum Präsidenten gewählt. Den Wahlerfolg

verdankte er der mystischen Kraft, die von dem „großen Magsaysay“ noch nach dessen Tode ausstrahlte. Man hoffte, daß er der Testamentsvollstrecker des Mannes sein würde, dessen engster Mitarbeiter er gewesen war. Aber es fehlte Garcia jene Dynamik, jener Radikalismus der Forderung, jene phantasiegeladene Rhetorik, die beim sorglosen und leicht beweglichen Volk der Philippinen nun einmal notwendig ist, wenn man es zu gemeinsamer Tat anstacheln will. Vor allem aber war die Persönlichkeit Garcias nicht ganz durchsichtig. Der Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung“ in Manila schrieb von ihm im November 1961: „Wer Garcia in seinem Präsidentenpalais je begegnet ist, einem phlegmatischen Manne mit undurchdringlichem Gesicht und unsteten Augen, konnte sich eines unbehaglichen Gefühls nicht erwehren.“ Weltanschaulich war er Katholik und wollte es auch sein, aber dieser Katholizismus war nicht ganz würzelecht. Hatte Garcia seine Studien doch an der von der United Church of Christ geleiteten Siliman-Universität zu Damaguete (Negros Oriental) gemacht. Während seiner Amtsführung stand er zwar zum Bündnis mit dem Westen, das er als Vorsitzender der Gründungskonferenz der SEATO am 8. September 1954 mitgezimmert hatte, aber es verstärkte sich gegen Ende seiner Regierung der Eindruck, daß er angesichts der sich stetig verschlechternden Lage der Wirtschaft des Landes dieses Bündnis nur als Druckmittel zur Erzielung verstärkter Hilfen seitens des Westens benutzen, nicht aber loyaler Partner eines Bundes sein wollte, der gemeinsame weltanschauliche und politische Ideale zu verteidigen hatte. Weil er sich nicht mit seiner ganzen Persönlichkeit hinter die von ihm verkündeten Ideale stellte, konnte eine Auflockerung des sittlichen Bewußtseins der Nation nicht ausbleiben. Die Korruption nahm wieder überhand, und ein extremer Nationalismus breitete sich aus, den antikatholische, freimaurerische und kommunistische Elemente geschickt zu schüren verstanden. Es muß indes gesagt werden, daß Garcia den Kommunismus als gesetzwidrig erklärte und die Politik Magsaysays fortsetzte, der den Freimaurern die Kontrolle des Erziehungsministeriums genommen hatte. Unvergessen soll auch die Erklärung bleiben, die er auf dem Weltkongreß der Pax Romana zu Manila hinsichtlich des Nationalismus abgab: „Die Politik des ‚Filipino First‘ darf nicht zu einer Politik des ‚Filipino Only‘ entarten. Wir brauchen einen gesunden wirtschaftlichen Nationalismus, der im Glauben an Gott verankert ist. Eine vernünftige Politik des Nationalismus ist selektiv, aber nicht notwendigerweise exklusiv . . . Es ist nicht unsere Absicht, unsere Tür den ausländischen Handels- und Geschäftsleuten zu verschließen. Unsere Tür ist stets offen für ihre Mitarbeiter zu beiderseitigem Nutzen bei der Entwicklung unseres Landes.“ Wenn Garcia eine Anzahl von Reisen zu Nachbarländern der Philippinen unternahm, um dort eine engere Zusammenarbeit der südost- und ostasiatischen Staaten zu propagieren, so war dies sein gutes Recht, und die von seinem Außenminister Serrano im Januar 1961 veranstaltete Südostasiatenkonferenz brauchte an sich nicht das Mißtrauen der westlichen Welt zu wecken. War doch diese Zusammenarbeit auch ein erklärtes Ziel der SEATO. Aber diese Konferenz fand in einer Atmosphäre der Unsicherheit vor allem der Vereinigten Staaten hinsichtlich der Bündnistreue des philippinischen Partners und der ideologischen Grundsätze seiner Bündnispolitik statt. Ein solcher Verdacht konnte während der Präsidentschaft von Magsaysay nicht aufkommen.

Die Verdemütigung Macapagals

Ein ganz eigenartiges Licht auf die Persönlichkeit des Präsidenten und die Zustände in seiner Regierung wirft das Verhalten Garcias zu dem neuen Vizepräsidenten, der mit ihm zugleich im November 1961 gewählt wurde. Zum Verständnis der Sache muß einiges vorausgeschickt werden. Wie in jeder Demokratie gibt es auf den Philippinen Parteien. Die Hauptparteien waren seit der Gründung der Republik die Liberalen und die Nationalisten. Die Programme beider Parteien sind einander ähnlich in den Grundzügen, was zum Teil erklärt, warum oft Abgeordnete der einen Partei zur anderen übertreten. Im Kampf gegeneinander und bei der Werbung um die Gunst der Wähler haben beide Parteien natürlich ihre Programme akzentuiert und differenziert. Die unterschiedliche politische Lage der letzten 16 Jahre gab Gelegenheiten genug, jeweils besondere Probleme von verschiedenen Seiten anzugehen. Die Liberalen führten zuerst viele Jahre die Regierung. Der innere Abnutzungsprozeß der Partei, ihre Unfähigkeit in der Bekämpfung der kommunistischen Untergrund-Armee der Hukbalahap, die in ihren Reihen sich ausbreitende Korruption führten zu einem raschen Popularitätsschwund der Regierungspartei. Im März 1953 trennte sich der damalige Verteidigungsminister Magsaysay wegen der Zerfallerscheinungen von der Liberalen Partei, trat zu den Nationalisten über und gewann mit dieser Partei sowie der von dem ehemaligen Liberalen Carlos Romulo (einem General) neugegründeten Demokratischen Partei die Wahlen, was ihm gestattete, sein umfassendes Reformprogramm durchzuführen. Der Vizepräsident und spätere Präsident Garcia gehörte ebenfalls der Nationalistenpartei an. Bei den Präsidentenwahlen des Jahres 1957 aber ergab sich eine neue Situation. Der nationalistische Präsident Garcia sah sich einem liberalen Vizepräsidenten gegenüber, der sogar 116 000 Stimmen mehr erhielt als der Präsident. Er hieß Diosdado Macapagal und ist identisch mit dem Manne, der im November 1961 die Präsidentschaft übernahm und damit die Liberalen nach acht Jahren Herrschaft der Nationalisten wieder an die Macht brachte.

Garcia aber lehnte in tiefem Mißtrauen Macapagal völlig ab, stellte ihn kalt und demütigte ihn bei jeder Gelegenheit. Vier Jahre lang lebte der Geächtete isoliert in einem Flügel des Präsidentenpalais. Er wurde zu keinem Regierungsgeschäft beigezogen, mit keiner Aufgabe und keinem Posten betraut, oft nicht einmal zu Empfängen zugezogen. Zum dienstlichen Gebrauch gab man ihm ein neun Jahre altes Auto, das bei großen Auffahrten mit den schnittigen Limousinen des Präsidenten und seines Gefolges nicht mitkommen konnte. Scherzhaft hat er einmal gesagt, er habe mehr Zeit gebraucht, um seinen Wagen vorwärtszuschieben, als darin zu fahren. Die unfreiwillige Muße benutzte der Vizepräsident, um die Dörfer (barrios) zu besuchen, „fünf Millionen Hände zu drücken“, die Korruption zu geißeln und sich auf den Wahlkampf von 1961 vorzubereiten, den er dann in der gleichen Art führte, indem er sich unter das Bauernvolk mischte, das die Masse der Bevölkerung des Landes darstellt. Er, der selbst in seiner Jugend bitterste Armut durchkostet hatte, hat sich einmal als „das Gewissen des einfachen Volkes“ bezeichnet. In dieser sittlichen Grundhaltung führte Macapagal alle seine Wahlkämpfe seit dem Jahre 1951, und ihr dankte er es, daß er 1953 der einzige Abgeordnete der Liberalen Partei war, der wiedergewählt wurde, als ein politischer Erderschlag die Nationalisten an die Regierung brachte.

Im Jahre 1958 (20. 3.) schrieb A. E. Johann in „Die Zeit“ einen Artikel über die Präsidentenwahl auf den Philippinen, in dem er sagte: „Der eigentliche Gewinner der Wahl aber war (nicht Garcia, sondern) ein 47jähriger Rechtsanwalt aus einer einfachen Familie der Reisdörfer von Luzón, Diosdado Macapagal. Ihm gelang, was all den anderen Bewerbern nicht gelungen war: die Wähler nicht nur von seiner äußeren, sondern auch von seiner inneren Ähnlichkeit mit dem verehrten Magsaysay zu überzeugen. Obgleich er der unterlegenen Partei der Liberalen angehörte und seine Wahlfonds klein waren, wurde er zum Vizepräsidenten und Stellvertreter Garcias gewählt.“ Johann, der damals noch nichts von der entwürdigenden Ächtung wußte, die den Vizepräsidenten erwartete, erhoffte von Macapagal, daß er vor allem die Philippinen vor der Abwanderung ins neutralistische Lager bewahre und die übertriebenen nationalistischen Tendenzen der philippinischen Wirtschaft zu beseitigen sich bemühe.

Das Verhalten des katholischen Präsidenten gegen den katholischen Vizepräsidenten hat besonders die geistige Elite der katholischen Kirche auf den Philippinen peinlich berührt. Sie betrachtete Macapagal als einen der ihrigen. Im Gegensatz zu Garcia hatte er eine durch und durch katholische höhere Bildung genossen. Nachdem er an der Staatsuniversität der Philippinen in einem säkularistischen Klima ein paar Semester studiert hatte, ging er zu der berühmten, im Jahre 1610 gegründeten St.-Thomas-Universität der Dominikaner und machte dort als Student der Jurisprudenz im Jahre 1936 das glänzendste Examen des Jahres, erwarb später den Mastergrad und doktorierte schließlich an der gleichen Hochschule sowohl in Rechts- als in Wirtschaftswissenschaft.

Mit der Ächtung Macapagals, dessen Name nie zuvor auf den Skandalseiten der Tagespresse des Landes erwähnt werden konnte, weil sein privates und öffentliches Leben absolut einwandfrei war, haben Garcia und seine Parteifreunde ungewollt jenen Neuaufbruch (Macapagal nennt es „The New Era“) eingeleitet, der zugleich ihre eigene Niederlage besiegelte, denn in den Augen der Öffentlichkeit kam die Behandlung, die man dem Vizepräsidenten angedeihen ließ, einer Verfassungsverletzung gleich. Macapagal ging entschlossen in den Wahlkampf. Er und seine Freunde prangerten den Nepotismus des Präsidenten und die Korruptions- und Bestechungsskandale innerhalb der regierenden Partei an. Ihre Wahlparole war: „Gegen Korruption und Bestechung“. Da die Nationalisten im Wahlkampf das „Filipino First“ ausgiebig gebrauchten, sagte Macapagal: „Filipino First heißt in Wirklichkeit Präsident und Präsidentensöhne first, Hacienda-Besitzer first, reiche chinesische Geschäftsleute first.“ Er hielt den Nationalisten einen ganzen Sünden katalog vor. Auch wenn man mögliche Überspitzungen der Darstellung in Rechnung setzt, die auf das Konto der Wahlkampfatmosphäre zu setzen wären, bleibt genug übrig, um die Behauptung zu rechtfertigen, daß das herrschende Regime durch und durch korrupt war. Korrespondenten großer Auslandszeitungen haben sogar versichert, daß die Lage noch schlechter war, als man nach den Enthüllungen des Wahlkampfes glauben mochte. Ausländische Volkswirtschaftler sind der Auffassung, daß 60 Prozent der Steuer- und Zolleinnahmen des Landes nie bis in die Kassen der Regierung gelangten, und im März 1962 erklärte der Abgeordnete Joaquin Rocas, Präsident der Kommission des Parlaments für eine saubere Regierung, daß sein Komitee nach dem Studium zahlreicher Unterlagen zu dem Schluß gekom-

men sei, die Regierung Garcia habe dem philippinischen Volk in den Jahren 1957 bis 1960 durch Mißwirtschaft und Korruption mehr als eine halbe Milliarde Pesos gestohlen.

Zur Präsidentenwahl stellten sich Garcia, Macapagal und der politisch Unabhängige Rogolio de la Rosa, „ein Filmschauspieler, der die Frauenherzen der Philippinen betört und von dem man sagt, er hätte sich für eine halbe Million Pesos von Garcia als Sprengkandidat aufstellen lassen“ („Neue Zürcher Zeitung“, 16. 11. 61). Im letzten Augenblick zog er aber seine Kandidatur zurück und ließ Macapagal seine Unterstützung, der die Wahl gewann. Als Vizepräsident wurde ein Parteigenosse Macapagals gewählt, der überzeugt katholische Emanuel Pelaez, der seine Studien an der High School der Jesuiten-Universität zu Manila gemacht hatte. Sein politischer Werdegang ist charakteristisch sowohl für die Struktur des philippinischen Parteiensystems als auch für die Schnelligkeit, mit der man dort die Partei wechselt, wenn man in ihr die persönlichen politischen Auffassungen nicht mehr gesichert glaubt. Pelaez begann als Liberaler, ging dann zu den Nationalisten über, wurde Unabhängiger und verband sich schließlich wieder mit den Liberalen. Diese Wendigkeit im Parteienwechsel erleichtert es einer Regierung, in bestimmten Situationen eine Mehrheit um sich zu scharen, kann sich aber auch als Hemmnis für eine stabile Politik erweisen. Als Macapagal jüngst Präsident wurde, sah er sich einer nationalistischen Mehrheit im Unterhaus gegenüber, während seiner Partei im Senat eine Stimme fehlte. Zwar hatten die nach amerikanischem Muster veranstalteten Wahlen eines Teiles des Repräsentantenhauses und des Senats, die mit der Präsidentenwahl verbunden waren, seiner Partei Gewinne gebracht, vor allem im Senat. Aber die Erfolge genügten nicht, um ihm die Mehrheit zu sichern. An und für sich hätte er bis zu den Wahlen von 1965 gegen die nationalistische Mehrheit im Unterhaus regieren müssen. Es gelang ihm jedoch, 20 Abgeordnete der Nationalisten zu einer Koalition mit den Liberalen zu bewegen und sich so dort die Mehrheit zu sichern, während der Übertritt eines Senators zu den Liberalen im Oberhaus zur Stimmengleichheit der beiden Parteien und damit zur Möglichkeit führte, jede Bedrohung der Präsidentenpolitik von dort abzuwehren.

Bis zur parlamentarischen Überwindung des nationalistischen Widerstandes gegen Macapagal hat das Parlament auf gesetzgeberischem Gebiet in den ersten Monaten nichts geleistet. Um so entschlossener handelte der Präsident selbst, gestützt auf die großen Exekutivvollmachten, die ihm die Verfassung gibt. Es muß sich in absehbarer Zukunft zeigen, ob er mit der Korruption fertig wird, die sich in der jungen Republik in einem Maße entfaltet, wie es während der amerikanischen Herrschaft unmöglich gewesen wäre, jedenfalls bis zu dem Augenblick, in dem die Philippinen ein Brennpunkt des zweiten Weltkrieges wurden. Magsaysay konnte sein Werk der moralischen Erneuerung wegen seines frühen Todes nicht vollenden. Das Land fiel wieder in das alte Übel zurück. Macapagal, der sich wohl bewußt ist, ein anderer Menschentyp zu sein als Magsaysay, will den Spuren dieses Mannes folgen. War dieser ihm an hinreißender Kraft der Rede und an Temperament überlegen, so bucht der neue Präsident für sich das systematische, ruhige Denken und die stille Beharrlichkeit eines Mannes, der Schritt für Schritt seine Ziele zu erreichen sucht. Er schont bei seinem Vorgehen weder die philippinische gesellschaftliche Oberschicht noch reiche

Ausländer, die gegen das Gesetz verstoßen. Ein amerikanischer Multimillionär, der den Staat um Dutzende von Millionen Pesos betrogen hatte, wanderte hinter Schloß und Riegel. Bis 1965 will Macapagal die Mißwirtschaft beseitigt haben. Gelingen es ihm nicht, so sagte er, wolle er selbst ins Gefängnis gehen.

Macapagal wird natürlich auch bei seinen Freunden von der Liberalen Partei mit Hilfe seines ausgewählten Führungstabes modern, dynamisch und christlich denkender Männer und Frauen, von denen einige (Mitglieder der besonders in Manila im Apostolat und im öffentlichen Leben beispielhaft tätigen Katholischen Aktion) neu ins Parlament eingetreten sind, Bekehrungsarbeit zu leisten haben. Es darf nicht vergessen werden, daß die Liberale Partei die Verantwortung trug, als unter dem Präsidenten Elpidio Quirino vor kaum zehn Jahren das Land in tiefster Korruption zu versinken drohte. Während in der Partei der Nacionalistas Industriekapitäne und Manager der Wirtschaft ihre eigenen Taschen zu füllen suchten, spielte bisher bei den Liberalen die Schicht der Zuckerbarone und Plantagenbesitzer, die eine eigene Hausmachtspolitik trieben, eine große Rolle. Macapagal wagte es, im Kongreß den Zuckerbaronen den Kampf anzusagen. Er forderte sie auf, sich aus der Politik herauszuhalten und aufzuhören, politische Verbände zu finanzieren. Der Präsident wandert auf steilem Grat. Da es aber schon jetzt im Lande in jeder Hinsicht wieder aufwärtsgeht, besteht gute Aussicht, daß das Volk seine Politik stützt. Mit vielen Ausländern in Manila glaubt der dortige amerikanische Botschafter, „daß er es schaffen kann“, während andere der Meinung sind, die Offensive des „idealistischen“ Macapagal werde im unausrottbaren Sumpf der Korruption steckenbleiben.

Reform der geistig-sittlichen Grundlagen der Nation

Wie üblich richtete der neue Präsident am 30. Dezember, dem Jahrestage der Hinrichtung des Freiheitshelden José Rizal durch die Spanier im Jahre 1896, an dessen Richtstätte im Luneta-Park zu Manila seine Antrittsansprache an das Volk. Einer der ersten Sätze dieser Erklärung war: „Die Struktur dieser jungen Republik ruht nicht nur auf materiellen Fundamenten, vielmehr noch stärker auf geistigen Grundpfeilern... Unsere erste Aufgabe ist das Problem der Korruption.“ Drei Monate später sagte er, von der Veranda eines altspanischen Prunkpalastes aus zum Volke sprechend, er habe die ersten Monate politischer Macht dazu benutzt, der Nation eine einzige Überzeugung beizubringen: daß ihre Regierung anständig sein könne. „Nun weiß das Volk, daß die Regierung es wirklich auf die ‚Business-Mentalität‘ abgesehen hat, daß wir damit Schluß machen werden und daß niemand vor einem Zugriff sicher ist.“ Immer wieder wiesen Macapagal und seine engsten Mitarbeiter in den ersten Regierungsmonaten darauf hin, daß sie nicht nur gegen bestimmte Formen von Mißbrauch öffentlicher Ämter zu persönlicher Bereicherung oder gegen Bestechungen vorgehen würden. Sie wollten jene „Philosophie“ ausrotten, die es als natürlich betrachtete, wenn der Politiker im Amte sich zusätzliche Einnahmequellen verschafft und Macht und Gewinn mit seiner Verwandtschaft teilt. Er selbst, sagte Macapagal bei der Rede im Luneta-Park, sei ein armer Mann, der aus einfachsten Verhältnissen stamme und nie zu Reichtum gelangt sei. Eine Demokratie, die einen solchen Mann an die Spitze der Nation gebracht habe, ehre sich selbst. Als er in den Malacañang-Palast einzog, ordnete er an, daß nie-

mand, der mit der Regierung wirtschaftliche Fragen zu regeln habe, mit seiner Familie und seinem Dienststab in Berührung kommen dürfe. Er weigerte sich, die Yacht des Präsidenten zu benutzen, gab einige der Limousinen des Autoparks des Präsidialbüros ab, verzichtete auf Abhaltung des üblichen großen Balles aus Anlaß des Antritts der Präsidentschaft und ermutigte zu täglichen Anprangerungen von Durchstechereien, zu gerichtlichen Untersuchungen von Korruptionsfällen und zu allgemeinen Maßnahmen gegen geschäftliche Unmoral. Die Zeitungen der Philippinen, die seit Jahren täglich ihre Seiten mit Korruptionsaffären füllten und so ihr Blatt attraktiv gestalteten, haben nun neuen Stoff. Sie fragen sich: „Wie weit wird er gehen?“ Das ganze Volk aber erfreut sich an dem „Feuerwerk“. Es wird noch lange dauern, bis die vom Präsidenten erstrebte moralische Erneuerung wirklich zu einem Herzensanliegen der Nation wird. Macapagal selbst aber sucht sich für seine Aufgabe christlich zu rüsten. Nachdem er im März mit Frau und Kindern an einem geistlichen Einkehrtag im Exerzitienhaus der Steyler Pateres zu Banguio City teilgenommen hatte, machte er im April zusammen mit dem Vizepräsidenten Pelaez und 39 anderen Laien geschlossene Exerzitien für leitende Persönlichkeiten im öffentlichen und beruflichen Leben, die seit zwölf Jahren alljährlich von einem Jesuiten gegeben werden. Exerzitienmeister war der bekannte philippinische Pater Areta, Rektor des Athenäums (Hochschule) der Jesuiten zu Manila. Im Februar sprach Macapagal bei einem viertägigen Eucharistischen Kongreß, der ganz unter dem sozialen Aspekt der Eucharistie stand und auf dem in Vorträgen und Seminaren die derzeitigen Sozialprobleme des Landes erörtert wurden, bei der Schlußfeier im Luneta-Park dem Volk abschnittsweise die Weiheformel an das heiligste Herz Jesu vor: „Gib, daß unsere aufstrebende Republik blühe und im Rat der Völker einen wachsenden Einfluß zum Guten ausübe, als ein Volk, das durch seine Bindung an die geheiligten Überlieferungen seiner christlichen Lebensgestaltung und an die Prinzipien der Gerechtigkeit und Liebe, deren letzte Quelle dein heiligstes Herz ist, mit zwingender Gewalt die Achtung aller auf sich zieht.“

Gleich in seiner Antrittsrede vor dem Kongreß empfahl der Präsident (unter 14 Empfehlungen für gesetzgeberische Aktion) die Schaffung und Finanzierung einer Kommission von elf hervorragenden und aufrechten Persönlichkeiten aus Regierung, Religion, Erziehung und Berufsleben, die Mittel und Wege suchen sollte, um alle Elemente und Einrichtungen des Landes mit dem Ziel einer sittlichen Erneuerung zu mobilisieren. Zur Begründung der von ihm als vordringlich bezeichneten Aktion sagte Macapagal: „Die offenbare Gleichgültigkeit, die sowohl unsere Beamten wie die Öffentlichkeit gegenüber Regelmäßigkeiten und Käuflichkeit im öffentlichen Dienst zeigten, und die schwärmerische Begeisterung, mit der unser Volk offensichtlich die Zurschaustellung von Reichtum und aufwendigem Leben begrüßt, haben weitgehend zu dem beunruhigenden Stand der öffentlichen Sittlichkeit und der Existenz eines ungezügelter Mißbrauchs des Amtes und der Korruption in der Regierung beigetragen.“ Aufgabe der Kommission sollte im einzelnen sein, die in der Verfassung verankerte religiöse Freiheit zu sichern, in allen Tätigkeitsbereichen der Nation die Beachtung der sittlichen Ordnung durchzusetzen, die Unantastbarkeit der Bill of Rights als Garantie individueller Freiheit und menschlicher Würde zu schützen, unter den Beamten und

im Volk die Tugenden der Redlichkeit, des einfachen Lebens und der Liebe zu ehrbarer Arbeit zu fördern, ein Klima zur Sicherung des Allgemeinwohls zu schaffen und insgesamt das sittliche Mark der Nation zu stärken. Der Kommission, die eng mit den Regierungsstellen zusammenarbeiten soll, wird ferner ans Herz gelegt, die Einfuhr und die Verbreitung obszöner Literatur und subversiven Materials zu verhüten, das auf das sittliche Leben und die demokratische Grundhaltung der Nation zerstörend wirkt. Das Unterhaus hat die Empfehlung schon zum Gesetz erhoben, das Oberhaus verschob aber die Beschlussfassung darüber „wegen Arbeitsüberlastung“ bis zur folgenden Session (Januar 1963). Offenbar ging die Verzögerung der Behandlung dieser „dringlichen Empfehlung“ hier von den Nationalisten aus, die ja genau über die Hälfte aller Senatsstimmen verfügen.

Inzwischen hat die Regierung auch hier gehandelt. Die fällige Wahl eines neuen Bürgermeisters und eines neuen Vizebürgermeisters von Manila (letzterer ist führendes Mitglied der Katholischen Aktion der Studenten) ermöglichte ein entschlossenes Vorgehen gegen die zahlreichen Hotels und Motels sowie die Vergnügungslokale, die der Prostitution dienen. Die Behörden haben hier die Mitarbeit der Katholischen Aktion angenommen, die dem Stadtrat bei Ausarbeitung einer Gesetzesvorlage behilflich war, deren Zweck es ist, die Maschen des Gesetzes zu schließen, durch die zahllose Besitzer zweifelhafter Lokale bisher durchschlüpfen und sich so dem Zugriff der Behörden entzogen. Die schon Ende 1961 vom Parlament einstimmig beschlossene verschärfte Filmzensur wird wirklich durchgeführt. Die Beschlagnahme aus dem Ausland, vor allem aus Hongkong, einströmender unsittlicher Literatur und obszöner Filme hat eine eigene Überwachungsstelle im Hafen von Manila übernommen, an deren Spitze ein Zollbeamter steht, der zugleich Präsident der Katholischen Aktion von Manila ist. Die Postbehörde arbeitet mit dieser Dienststelle zusammen und richtet ihr Augenmerk auch auf die kommunistische Literatur, die aus China, den Ostblockstaaten, aber auch aus Westeuropa seit Jahren eingeführt wird. Die studentische Katholische Aktion, die seit langem solches Material, soweit sie dessen habhaft werden konnte, tonnenweise auf öffentlichen Plätzen verbrannte, steht nun in ihren Bemühungen nicht mehr allein. Die Regierung bemüht sich auf allen Gebieten des staatlichen Lebens, die Haltung praktischer Gesetzlosigkeit in der Bevölkerung zu beseitigen und zu zeigen, daß Gesetze nicht nur auf dem Papier stehen, sondern durchgeführt werden müssen.

Der Einreise kommunistischer Sendlinge aus China, die bisher dank der Bestechlichkeit der Beamten des Konsulats der Philippinen in Hongkong möglich war, schob die Regierung einen Riegel vor, indem sie das Personal des Konsulats austauschte und anordnete, daß kein Visum mehr ohne vorherige Zustimmung der Regierung in Manila gegeben werden darf. Chinesen, die nachweislich an der kommunistischen Wühlarbeit im Lande beteiligt waren, wurden deportiert. Mit diesen Maßnahmen ist freilich das Problem der kommunistischen Unterwanderung von China her noch nicht gelöst, da sich etwa 200 000 Chinesen, die ohne Papiere illegal aus Rotchina einwanderten, zu den etwa 150 000 Landsleuten gesellen, die zum Teil seit zwei bis drei Generationen auf den Philippinen leben, sich zu einem erheblichen Teil naturalisieren ließen und durchweg loyale Bürger sein wollen. Die früher übliche Rückwanderung von Chinesen hat seit

Jahren fast aufgehört. Wohin mit den illegal eingewanderten Chinesen? Man kann sie nicht zwangsweise nach Rotchina zurücksenden, da sicher der größte Teil von ihnen vor dem kommunistischen Regime floh. Nationalchina erklärt, sie wegen der Überbevölkerung von Taiwan nicht in großem Maßstab aufnehmen zu können. Das Gegebene wäre, sie dem Leben der Philippinen zu integrieren. In dieser Linie wirken ein paar hundert ehemalige Chinamissionare, die nach ihrer Verreibung in der Betreuung der Chinesen eine neue Aufgabe fanden. Dagegen steht aber die Volksstimmung. Durch ihre Tüchtigkeit und ihren Geschäftssinn hatten sich die Chinesen eine starke Stellung im Geschäftsleben, vor allem im Kleinhandel, errungen. Die Regierung Garcia suchte ihnen durch ein Gesetz zur „Philippinisierung“ des Handels diese Stellung zu entreißen. Dies und manche Schikane seitens gewisser nationalistischer Kreise verbitterte vor allem die Schicht der kleinen Existenzen unter den Chinesen, die eine solche „Filipino First“-Politik dem Kommunismus direkt in die Arme treiben muß. Die reichen Chinesen aber wußten bisher durch Bestechungsgelder sich die volle wirtschaftliche Freiheit zu sichern. Es ist eine der Aufgaben des neuen Präsidenten, das innerpolitische Problem der Chinesen auf eine neue ethische Grundlage zu stellen und dabei an das christliche Ideengut im Volke zu appellieren.

Um den Religionsunterricht in den Staatsschulen

Die stärkste, subtilste und deshalb am schwersten zu bekämpfende Form kommunistischer Werbung auf den Philippinen ist die bewußte Infiltration kommunistischen Gedankengutes in das System der religiös neutralen Staatsschulen, das Amerika den Philippinen bei Ablösung der spanischen Herrschaft zugleich mit der Trennung von Kirche und Staat beschert hatte. In dem Bestreben, durch Zurückdrängung des spanischen Kultureinflusses die eigene politische Stellung auf der Inselwelt zu festigen, ließen von Protestanten geführte Regierungen der USA unter Leitung protestantischer Schulinspektoren jahrzehntelang amerikanischen Kultureinfluß in protestantischer Färbung in diese Schulen einströmen. Später spiegelten diese Einflüsse Schritt für Schritt die Entwicklung des amerikanischen Denkens in Richtung auf eine säkularisierte Kultur wider, und amerikanische Professoren sowie ihre einheimischen Schüler sind auf den Philippinen stellenweise als Künder des ideologischen Materialismus tätig. Hier setzen natürlich die Kommunisten an. Von Anfang an haben die Freimaurerlogen, die unter herrschenden amerikanischen Einfluß gerieten, unterstützt von indifferenten Katholiken, gegen jeden Religionsunterricht in den Schulen gekämpft, und als 1934 bei Ausarbeitung der Verfassung die Frage der Einführung des Religionsunterrichts in den öffentlichen Schulen erneut zur Debatte stand, entfalteten auch die protestantischen Gruppen einen heftigen Pressefeldzug gegen diesen Plan. Die amerikanische Verwaltung hatte allerdings bei Einführung der Staatsschule einen Religionsunterricht von dreimal je einer halben Stunde pro Woche durch Diener der betreffenden Religionsgemeinschaft für Freiwillige zugelassen, aber dieser Unterricht sollte vor oder nach dem offiziellen Unterricht erteilt werden. Abgesehen davon, daß die durch die Heimsendung der spanischen Priester entstandene gewaltige Priesternot und das Verbot an die Lehrer, Religionsunterricht zu erteilen, die Ausnutzung dieser Ermächtigung bei der damaligen Lage der Kirche

praktisch unmöglich machten, fehlte jede Anhaltung der Kinder zu regelmäßigem Besuch dieser Unterweisungen. Die Lehrer durften dazu nicht einmal ermutigen.

Nach der Unabhängigkeitserklärung der Philippinen (1946) wurde im neuen bürgerlichen Rechtsbuch (Artikel 359) die Einführung des Religionsunterrichts in allen Schulen vorgesehen, und zwar als ordentlicher Unterrichtsgegenstand. Die Entscheidung über die Teilnahme der Kinder sollte bei den Eltern liegen. Die antikatholische Gruppe erreichte aber, daß der betreffende Artikel nach den alten Verwaltungsvorschriften der Amerikaner ausgelegt wurde. Als dann in dem kritischen Jahr 1953, in dem Präsident Quirino gestürzt wurde, der Episkopat in den Besitz eines Dokumentes der Freimaurerloge des Schottischen Ritus von Manila gelangte, das, von hohen Beamten des Unterrichtsministeriums mitunterzeichnet, einen Plan zur Beseitigung des Religionsunterrichts in den Schulen entwickelte, kam es zu einer starken Erregung unter der katholischen Elite, zumal eine notgedrungen vom Präsidenten angeordnete Untersuchung über die Angelegenheit im Sande verlief. Dieser Vorfall trug mit dazu bei, daß Magsaysay einen überwältigenden Wahlsieg erlangte. Der neue Präsident ernannte sofort einen Katholiken von Format zum Unterrichtsminister. Dieser ordnete im Jahre 1955 die wirksame Durchführung des fakultativen Religionsunterrichts innerhalb des Schulprogramms unter tätiger Mithilfe der Schulbehörden an.

Da die Lehrer nach der Verfassung diesen Unterricht nicht erteilen durften, appellierte die Kirche an die Mithilfe der aufblühenden Katholischen Aktion der Studenten, von der Douglas Hyde schrieb: „Unter jedem Gesichtspunkt betrachtet, ist die Katholische Aktion der Studenten auf den Philippinen eine der größten und bedeutsamsten Bewegungen, die in Asien entstanden. Es scheint sogar, daß sie eine der ausgebreitetsten und eindrucksvollsten studentischen Bewegungen in der ganzen Welt ist“ (Le Christ au Monde, Rom, Nr. 4, 1960). Im ganzen Land zählt sie an 70 000 Mitglieder. Durch 3000 katechetisch ausgebildete Studenten erteilt sie an etwa 200 000 katholische Kinder der Staatsschulen Religionsunterricht. Aber was bedeutet dies in einem zu über 80 % katholischen Lande mit einer Schulbevölkerung von 4,6 Millionen allein in den Staatsschulen, in denen noch immer 3 Millionen katholischer Jugendlicher ohne jeden Religionsunterricht aufwachsen? Der Klerus hat sich natürlich bemüht, sich an diesem Unterricht zu beteiligen. Aber man zählt nur 3592 Priester, von denen etwa 47 % Ausländer sind. Zwar wächst die Zahl der einheimischen Berufe, aber sie folgt nicht der Bevölkerungsvermehrung. Seit 1930 hat sich die Einwohnerschaft der Philippinen weit mehr als verdoppelt. Rein rechnerisch gesehen, kommen zur Zeit auf einen Priester weit über 6000 Katholiken. Dabei sind die arbeitsunfähigen Priester mitgerechnet. Vielleicht 350 000 Kinder werden in diesen katholischen Schulen erfaßt, die aber geringe Entfaltungsmöglichkeiten haben, da der Unterricht dort von den Eltern selbst finanziert werden muß. Eine wertvolle Hilfe für die Ausbreitung des Religionsunterrichts könnten die zahlreichen Staatsschullehrer sein, die an katholischen Lehrerbildungsanstalten ihre Vorbildung erhielten. Aber die Beteiligung der Lehrer am Religionsunterricht, um die man katholischerseits kämpft, ist ohne Verfassungsänderung kaum zu verwirklichen. Es sei in diesem Zusammenhang noch erwähnt, daß die Legion Mariens mit ihren 5000 Präsidia, andere Organisationen, ferner katholische

Frauenverbände tätig sind, um meist im engen Anschluß an die Pfarreien Religionsunterricht zu erteilen. Der Aufruf Macapagals zur sittlichen Erneuerung der Nation hat der katholischen Elite neuen Mut gegeben, auf eine befriedigende Lösung der Frage der Religionsunterweisung in den Staatsschulen zu drängen, da ja nach christlicher Auffassung eine moralische Erneuerung des Volkes ohne eine religiöse Neubesinnung undenkbar ist.

Macapagal ernannte einen christlichen Universitätsprofessor von Format (Alejandro R. Roces) zum Unterrichtsminister. Dieser scheute sich nicht, auf Einladung vor jener Loge des Schottischen Ritus zu Manila, die 1953 im Namen der akademischen Freiheit am lautesten die Beseitigung des Religionsunterrichts aus den Staatsschulen gefordert hatte, über das Thema „Religion, Moral und akademische Freiheit“ zu sprechen. Akademische Freiheit, so führte er aus, ist nicht absolut. Religion, Moral und Wahrheit geben ihr naturgemäß Begrenzungen. Am Beispiel der anglikanischen Hochschulen zu Oxford und Cambridge zeigte er, daß es nicht wahr sei, wenn man behauptete, daß Achtung religiöser Freiheit ein Hindernis zu ernster und fruchtbringender Forschung sei. Religiöse Freiheit schließe die Achtung der religiösen Überzeugungen anderer ein. Der Minister verurteilte den Sarkasmus, mit dem man in freigeistigen Kreisen über religiöse Überzeugungen urteilte, und geißelte jene Haltung, die jeden Versuch, Religion und Moral ins studentische Leben einzuführen, als Intoleranz und Obskurantismus bezeichnet. Die letztere Bemerkung war ein deutlicher Hinweis auf gewisse skandalöse Vorgänge an der großen staatlichen „Universität der Philippinen“ zu Manila, die von jeher in dem Ruf stand, dem weltanschaulichen Liberalismus zu huldigen. Diese Hochschule zeigte in den vergangenen Jahren deutliche Zeichen einer kommunistischen Unterwanderung. Eine kleine radikale Linksgruppe hatte sich dort führende Positionen gesichert. Eine Untersuchung der Lage durch das „Kongreßkomitee gegen antiphilippinische Aktivität“ (März 1961) hatte zur Folge, daß die unter der Aufsicht der Universitätsbehörde erscheinende Zeitung für die Studenten (die in keiner Weise eine Zeitung der Studenten selbst war) zu einem Protestmarsch aufforderte. Etwa 1000 Studenten stürmten im Kongreßgebäude den Raum, in dem die Kommission tagte, und unterbrachen die Verhandlungen. Eine Disziplinaraktion gegen diese Studenten mußte unterbleiben, da die Universitätsbehörde die Verantwortung für den Vorfall trug. Seit Monaten hatte das Blatt eine offen kommunistische Linie verfolgt, Castro verteidigt, die Zustände in der deutschen Ostzone als glänzend bezeichnet, die USA-Berichterstattung als lügenhaft gebrandmarkt, die katholische Ideenwelt mit dem Titel sektiererisch bedacht und im Namen der akademischen Freiheit und des Nationalismus zur Intoleranz gegen alle „rückschrittlichen“ Kräfte aufgefordert. Die kommunistenfreundliche Gruppe machte gemeinsame Sache mit einer Anzahl agnostischer Professoren der Universität. Macapagal benutzte die Gelegenheit einer Diplomverteilung an 850 Graduierte der Hochschule (April 1962), um in aller Form vor dem Akademischen Senat und der Studentenschaft zu erklären: „Meine Verwaltung tritt für die Sache der akademischen Freiheit ein und wird sie verteidigen, aber ich werde nicht jenem Gebrauch oder Mißbrauch akademischer Freiheit zustimmen, der zur Entartung des Nationalcharakters oder zur Zerstörung des demokratischen und freien Lebensstils führen muß, in dem allein akademische Freiheit existieren kann.“

Es wäre wirklich lächerlich, wenn die von den Steuern der Bevölkerung getragene Staatsuniversität es an Erfüllung der allgemeinen Pflicht, sittliche Haltung einzuschärfen, fehlen ließe und statt dessen Ideen und Theorien verbreitete, die mit dem sittlichen Niedergang unserer Gesellschaft enden müssen.“ Wenige Monate später ernannte Macapagal den alten Mitkämpfer Magsaysays und derzeitigen Botschafter der Philippinen bei den USA, Carlos P. Romulo, zum Präsidenten der Staatsuniversität. Dieser griff sofort scharf durch, als in der Zeitung für die Studenten Artikel obszöner Natur und solche erschienen, die hämisch die Leitung der Universität kritisierten. Macapagal ist offensichtlich fest entschlossen, die Universität von linksradikalen Elementen zu säubern.

Es kann hier nicht auf die Sozial- und Wirtschaftspolitik des neuen Präsidenten eingegangen werden. Es sei nur darauf hingewiesen, daß Macapagal auch hier auf die sittlichen Prinzipien einer gesunden Politik auf diesen Gebieten den Nachdruck legt. Die Aufhebung der Devisen-Zwangswirtschaft, die seit 1948 bestand, soll durch Wiederherstellung des freien Wirtschaftsverkehrs mit der übrigen Welt die Stagnation der Wirtschaft überwinden und eine Quelle maßloser Korruption bei Zuteilung von Devisen bzw. bei Kauf von Zahlungsmitteln auf dem Schwarzen Markt beseitigen. Praktisch wirkte sich die Maßnahme als eine Abwertung des Peso aus. Die Gefahr einer Inflation glaubt Macapagal ohne staatlichen Dirigismus bannen zu können. Zur Überwindung der wirtschaftlichen Übergangsschwierigkeiten gaben die USA einen Kredit von 30 Millionen Dollar.

Außenpolitik unter antikommunistischen Vorzeichen

„In der Außenpolitik werden wir“, so erklärte der Präsident in seiner ersten Botschaft an die Nation, „kraftvoll unseren Anteil an der Bekämpfung des Kommunismus leisten.“ Fest zum Bündnis mit der westlichen Welt in dieser Hinsicht stehend, will die neue Führung des Staates sich aber die Freiheit zu einer regionalen Nachbarschaftspolitik im Rahmen der Neugestaltung größerer politischer und wirtschaftlicher Großräume in Ostasien vorbehalten. Durch Vertiefung der Beziehungen zu den nichtkommunistischen Ländern Asiens, vor allem zu Japan und Indien, glaubt der Präsident auch der gemeinsamen Sache der freien Welt zu dienen. Ohne die Bildung einer breiten asiatischen Abwehrfront scheint ihm eine wirksame Abwehr des Kommunismus unmöglich zu sein.

Einige Besorgnis hat nun in der westlichen Welt, aber auch in bestimmten Ländern Südasiens, der Anspruch ausgelöst, den Macapagal im Namen der Philippinen im Juni 1962 auf Britisch-Borneo gerade zu der Zeit erhob, als Großbritannien Überlegungen anstellte, ob dies Gebiet ein selbständiger Staat werden oder mit Brunei und Sarawak zu einem neuen Gebilde „Borneo“ zusammengeschlossen oder der beabsichtigten Föderation Malaysia (Malaya, Singapur, Sarawak, Brunei) angegliedert werden sollte. Der Anspruch der Philippinen wurde damit begründet, daß die Erben des Sultans von Sulu (Insel an der Südspitze der Philippinen in Reichweite Nordborneos) das Land im Jahre 1878 der British North Borneo Company nur leihweise überließen. Man hat bezweifelt, ob der Schritt Macapagals politisch klug war. Offensichtlich hat der neue Präsident aber hier nur als ausführendes Organ des Parlamentswillens gehandelt. Das Unterhaus hatte nämlich im April einstimmig beschlossen, den Präsidenten zu ersuchen, den Anspruch zu erheben. Da die Philippinen

eine Demokratie sind, konnte sich der Präsident dem dringenden Wunsch, der durch eine allgemeine Pressekampagne unterstützt wurde, nicht gut entziehen. Er tat den Schritt ohne Begeisterung nach zweimonatigem Zögern. Die Folge war zunächst eine Verstimmung der britischen Regierung, die kurzerhand erklärte, der Anspruch sei weder während der 50 Jahre amerikanischer Herrschaft auf den Philippinen noch nach der Unabhängigkeitserklärung erhoben worden und werde nicht anerkannt. Die Engländer sahen in der Forderung auch einen Affront gegen ihre antikommunistische Politik in Südostasien. Sollte doch gerade die Schaffung von Malaysia dem Zwecke dienen, das kommunistisch unterwanderte Singapur durch Einordnung in eine möglichst große neue Gemeinschaft davor zu bewahren, kurz nach Erhalt der vollen Unabhängigkeit zum kommunistischen Lager überzutreten. Auch der Ministerpräsident des antikommunistischen Malaya, Tunku Abdul Rahman, war aus gleichem Grunde über die Forderung der Philippinen aufgebracht, mit denen man sich noch kurz vor dem Präsidentenwechsel auf der Südostasienkonferenz zu Manila zu gegenseitiger Zusammenarbeit geeinigt hatte.

An und für sich kann niemand im antikommunistischen Lager wünschen, daß in dem neu zu ordnenden Raum viele kleine autonome Staaten entstehen, die dann nacheinander Beute des Kommunismus werden könnten. Alle geplanten Zusammenschlüsse werden aber nur Bestand haben, wenn sie unter Beachtung geschichtlicher Zusammenhänge dem Willen der Bevölkerung entsprechen und auch in jeder Hinsicht lebensfähig sind. Man hat den Eindruck, daß hier vieles noch ungeklärt ist und daß man eine Politik vom Grünen Tisch her macht, die sich einmal rächen kann. Die Bevölkerung, zum Teil unterentwickelt, hat jedenfalls in den neuen politischen Vorstellungen noch nicht denken gelernt. Der Schritt der Philippinen hat den Willen der Engländer beflügelt, im August 1963 unter allen Umständen den Staat Malaysia Wirklichkeit werden zu lassen, und zwar unter Einschluß von Britisch-Borneo. Es wird erklärt, der Wille der Bevölkerung sei jetzt ausreichend erforscht, und man könne mit ihrer inneren Zustimmung rechnen. Der Streit um Britisch-Borneo hat nun auch Indonesien beunruhigt, das bisher sein Desinteressement an diesem Gebiet erklärt hatte. Es muß sich mit den politischen Folgen der Schaffung eines zweiten großen Malaienstaates in einem Augenblick befassen, in dem es in Westneuguinea stärkstens engagiert ist.

Am 27. Juli trat nun Macapagal mit einer als sensationell empfundenen Erklärung an die Öffentlichkeit. Ausgehend von dem Gedanken, daß die Neuordnung des asiatischen Raumes nach Abschluß der Kolonialära ausschließlich Sache der Asiaten sein müsse, plädierte er für die Schaffung einer „Größeren malaiischen Föderation“, die auch die Philippinen umfassen sollte. Nicht nur Malaya, sondern auch sein Land sei antikommunistisch, und die von ihm vorgeschlagene Föderation würde ein viel wirksames Bollwerk gegen den Kommunismus sein als der Staat Malaysia. Ein großer Bogen von geeinten Staaten spanne sich dann von der Malaiischen Halbinsel bis zu den Philippinen. Das neue Staatsgebilde werde „eine gewaltige geographische, kulturelle, wirtschaftliche und politische Einheit zum Schutze von Freiheit, Fortschritt und Frieden nicht nur in Asien, sondern in der Welt“ sein. Macapagal erblickt in der Verwirklichung seines Planes einen Schritt zur Organisation einer „panasiatischen Union“. Er weiß freilich — und er hat dies bei der Verkündigung seines

Planes vor der Presse deutlich zum Ausdruck gebracht —, daß man die malaiischen Völker zuerst von der Notwendigkeit einer breiten Basis wirksamer Zusammenarbeit überzeugen muß. Die Entwicklung im Raum rings um die Philippinen nötigt nun das Volk der 7000 Inseln, seine Aufmerksamkeit stärker als bisher auf seine asiatische Nachbarschaft zu richten. Es ist zu hoffen, daß der Katholizismus der Philippinen hinsichtlich seiner missionarischen Ausrichtung auf die Umwelt dadurch neue Antriebe erhält. Eine christliche Erneuerung der Philippinen muß die Beseitigung der religiösen Selbstgenügsamkeit zur Folge haben, die in gewisser Hinsicht auch ein Erbe der Kolonialperiode war.

Die demokratischen Institutionen scheinen heute auf den Philippinen besser gesichert zu sein als in vielen anderen Ländern des ehemaligen spanischen Kolonialreiches. Es ist dies offenbar dem langen Einfluß der USA auf das politische Denken des Landes zuzuschreiben. Zwei schwere Krisen (1953 und 1961) wurden auf dem Wege demokratischer Willensbildung überwunden. Bei Sanierung der Verhältnisse ist der Staat aber nicht imstande, die sittliche Erneuerung zu kommandieren. Hier muß die soziale Gemeinschaft selbst ihre Aufgaben erkennen. Der katholischen Bevölkerung der Philippinen sind hier entscheidende Aufgaben gestellt. Diese kann sie nur erfüllen, wenn die christliche Erneuerungsarbeit auf den Philippinen weiter fortschreitet und vor allem das Laienelement seine Stunde erkennt. Wichtig ist dabei, daß die Katholische Aktion, in der sich die dynamischen Kräfte der katholischen Erneuerungsarbeit gesammelt haben, sich als solche außerhalb des Parteiwesens hält. Gewissen Gefahren dieser Art hat der fast ganz aus Filipinos bestehende Episkopat bei gebotener Gelegenheit des öfteren durch Kundgebungen zu begegnen gesucht.

Aus den Missionen

**Daß das
Ökumenische Konzil
in der ganzen Welt
der Missionstätigkeit
der Kirche wirksame
Hilfe bringen möge.
Missionsgebets-
meinung für
Januar 1963**

Von allen Bischöfen, die zum Konzil nach Rom gekommen sind, haben die Missionsbischöfe, die meist mit dem Flugzeug reisen mußten, die kleinsten Koffer mitgebracht, dafür aber wohl die größten Sorgenbündel. Doch muß man sich an die Worte halten, die der Heilige Vater in der Eröffnungsrede zum Konzil gesprochen hat, und darf nicht unter die Schwarzseher geraten. Wer an Hypochondrie leidet, ist wenig geeignet, an die Eroberung der Welt zu gehen. Mit Wehklagen, worauf sie sich auch beziehen mögen, ist den Missionen nicht geholfen.

Schon die ersten Konzilswochen haben gezeigt, daß aus den Kreisen der Missionsbischöfe die kühnsten Erwartungen geäußert und ebenso mutige wie gründliche Entscheidungen angeregt werden. Freilich hat man den Eindruck, daß die Missionsbischöfe auf den offiziellen Konzilsversammlungen noch ein wenig zögernd und in zu geringer Zahl hervortreten. Das mag ganz einfache menschliche Gründe haben, sind sie doch in dieser glänzenden Versammlung die armen Verwandten. Es wird aber, und auch das gehört in dieses Gebetsanliegen, hoffentlich dahin kommen, daß die Missionsbischöfe sich ihrer Rolle voll bewußt werden, das Gewissen des Konzils zu sein. Die Kirche Christi hat den Missionsauftrag als das Abschiedsvermächtnis des Herrn empfangen. Das allein schon ge-

nügt, und viele menschliche Gründe können nur noch dazu beitragen, daß man mit einigem Recht wohl sagen darf, das Konzil werde soviel geleistet oder nicht geleistet haben, als es „in der ganzen Welt der Missionstätigkeit der Kirche wirksame Hilfe bringt“. Wie der Papst in diese Missionsgebetsintention die Wendung „in der ganzen Welt“ eingefügt hat, besagt sie, daß die Missionsgebiete in der ganzen Welt liegen, aber auch, daß die ganze Welt der Gläubigen für die Mission verantwortlich ist.

Man kann jedoch nicht behaupten, daß sie sich dieser Verantwortung gleichmäßig bewußt wäre, jedenfalls durchaus nicht so bewußt wie die Missionsbischöfe auf Grund ihrer täglichen Erfahrung. Illustrieren wir das durch Äußerungen aus dem Kreis der Missionare, die am Konzil teilnehmen. Zunächst das banalste Faktum, in einer Äußerung aus Afrika: „Es ist unverständlich, daß man die afrikanischen Gemeinden unter bitterer Armut leiden läßt, während man in Europa zu rein schmückender Ausstattung von Kult und Gotteshäusern und für andere zum Teil überflüssige Zwecke Unsummen ausgibt“ (KNA). Es ist Tatsache, daß die Missionsbischöfe betteln gehen müssen, nicht für sich, sondern für ihren Klerus, für ihre Seminare, für ihre Schulen, für ihre Ambulanzen, für ihr oft in Lumpen gekleidetes und in Kanisterbaracken hausendes Volk — und, vergessen wir nicht die Mission, für die noch Ärmere, die von den Boten Christi zunächst doch einmal erwarten, daß sie die materiellen Zeichen geben, die der Herr so oft gegeben hat, ehe er überhaupt anfang, vom Reich Gottes zu sprechen. Zwar können die Gläubigen nicht die materielle Not der Missionswelt beseitigen. Ob aber die Zeichen ihres Willens zur Missionshilfe in Geld im richtigen Verhältnis stehen zu dem eigenen Aufwand, auch im Raum der Kirche, das ist eine konzilswürdige Frage. Es ist denkbar, daß das Konzil den Diözesen, die dazu imstande sind, die Auflage macht, eine oder mehrere Diözesen in der Missionswelt zu adoptieren, wie das zum Beispiel zwischen Köln und Tokio geschehen ist. Eine so unmittelbare Beziehung kann vielleicht mehr leisten als die Organisation eines allgemeinen Missionsopfers, die notwendig anonym ist. Konkrete Entscheidungen in dieser Sache würden die Gläubigen wahrscheinlich mehr befriedigen als allgemeine Ermahnungen. Soviel von der materiellen Hilfe! Im Hinblick auf Deutschland, vielleicht auch Österreich und die Schweiz, ist übrigens in dieser Sache nicht nur die Hilfsbereitschaft der Gläubigen anzusprechen, sondern auch die Finanzgebarung der Diözesen. Sagen wir es also offen: Man muß darum besorgt sein, daß Reichtum und Armut nicht auch in der Kirche Klassegegensätze schaffen.

Ein zweiter Fall: „Vor allem wird die lateinische Liturgie kaum verstanden. Dafür [sic!] blühen und gedeihen, aus Mangel an einer allgemeinverständlichen Volksliturgie, überall heidnische Unsitten und Gebräuche“ (KNA). Wenn das so ist, was bedeutet dann für das Heil der Seelen der durch die Tradition geheiligte, ästhetisch unübertreffliche, für die theologische Aussage in seiner Präzision unerreichbare, den Geist herausfordernde, alle Gefühlsüberschwenglichkeiten zügelnde Wert der lateinischen Sprache in der Liturgie? Der koreanische Bischof Henry erklärt: „Durch die Liturgie wurden in Korea bisher nur wenige Christen gewonnen . . . Ich persönlich würde vorschlagen, alle Teile der Messe, auch den Canon, in der Landessprache zu beten“ (KNA, Sonderdienst Nr. 20, 15. 10. 62). Im Konzilsbericht dieses Heftes wird aus authentischer Quelle mitgeteilt, das Konzil werde, was

die Liturgie betrifft, alle Türen aufmachen. Genügt das unter dem Gesichtspunkt der Mission? Man wird den Heiligen Geist darum bitten müssen, daß es nicht bei den offenen Türen bleibt. Man muß nach dem Konzil auch durch diese Türen hindurchschreiten. Es ist eine ganz große Frage und ein Anliegen von größter Wichtigkeit, wer nach dem Konzil befugt sein wird, darin voranzugehen. Die Ritenkongregation genießt nur sehr eingeschränkt Vertrauen in bezug auf die Liturgiereform.

Aus den Kreisen der Missionen wird bestätigt, daß ihnen an zwei Fragen auf dem Konzil besonders gelegen ist, die auch sonst als sehr wichtige Fragen genannt werden: Welche Kompetenzen wird man den Bischöfen und welche wird man den Laien übertragen? Die Römische Kurie, so haben die indonesischen Bischöfe in aller Form erklärt, bedarf der Ergänzung durch ein „ständiges kleines Konzil“ (KNA). Und unbeschadet der hierarchischen Struktur der Kirche, ist es gerade unter dem Gesichtspunkt der Mission, das heißt der Gewinnung nicht- oder andersgläubiger Menschen, notwendig, die Laien verantwortlich einzusetzen. „Wir erwarten“, so sagte Bischof Henry, „daß die Laien nicht — wie bisher oft — als Personen angesehen werden, für deren geistiges Heil gesorgt werden muß, sondern daß sie ihr ‚Amt‘ als Glieder des mystischen Leibes Christi ausüben.“ Der Bischof erläuterte diese Formulierung dahin, daß auf dem Konzil die Beziehungen zwischen der Hierarchie, der Geistlichkeit und den Laien „geklärt“ werden müßten, und das heißt unter missionarischem Gesichtspunkt, daß man sich entschließen muß, die Laien in die Führung der Mission „in der ganzen Welt“ der örtlichen und der geistigen oder sozialen Räume zu berufen. Darum sollen wir beten.

**Die Missions-
gebetsmeinungen
des Heiligen Vaters
für 1963**

Januar: Daß das Ökumenische Konzil der kirchlichen Missionstätigkeit in der ganzen Welt wirksame Hilfe bringe (Ut Concilium Oecumenicum in uni-

verso mundo actioni missionariae Ecclesiae efficax adiuventum afferat).

Februar: Daß die Lenker der jungen Staaten Afrikas erkennen, welche Hilfe die Kirche auch für das zeitliche Wohl der Völker bedeutet (Ut Moderatores novarum rerumpublicarum Africae videant adiuventum, quod Ecclesia Christi prosperitati, etiam temporali, populorum affert).

März: Daß die Katholiken Vietnams durch ihr Beispiel und ihren apostolischen Eifer ihre Mitbürger zu Christus führen (Ut Catholici Vietnamenses exemplo vitae et zelo apostolico suos concives ad Christum adducant).

April: Daß die Arbeiter Afrikas, welche die Verwurzelung im eigenen Stamm verloren haben, in der Soziallehre und den Einrichtungen der Kirche einen neuen Halt finden (Ut operarii in Africa, stabilitate in propria tribu amissa, adiuventum in doctrina sociali atque institutis Ecclesiae inveniunt).

Mai: Für alle am Missionswerk beteiligten Orden, Kongregationen und Institute (Pro omnibus Familiis religiosis [Ordinibus, Congregationibus et Institutis], quae Missionibus cooperantur).

Juni: Daß das Evangelium Christi unter den Völkern des Fernen Ostens mehr bekannt und verbreitet werde (Ut Evangelium Christi in Nationibus Extremi Orientis magis cognoscatur et diffundatur).

Juli: Daß die Unterweisung in der katholischen Lehre

unter der Landbevölkerung Lateinamerikas wirksam gefördert werde (Ut institutio in doctrina catholica inter ruricolos Americae Latinae efficaciter promoveatur).

August: Daß die Kirche in Indonesien wachse und zum Frieden und zum Wohle des Volkes beitrage (Ut Ecclesia in Indonesia augescens ad pacem et prosperitatem Nationis conferat).

September: Für die katholische Kirche im Kongo (Pro Ecclesia Catholica in Congo).

Oktober: Daß das Petruswerk zur Förderung des einheimischen Klerus von den Gläubigen der ganzen Welt wirksamer unterstützt werde (Ut Opus Sti. Petri [ad formationem Cleri autochtoni] a fidelibus universi mundi efficacius adiuvetur).

November: Um die Ausbreitung des Glaubens in Ozeanien (Pro diffusionem Evangelii in Insulis Oceaniae).

Dezember: Daß durch die wirksame Missionstätigkeit der Kirche der Friede Christi allen Völkern gebracht werde (Ut efficaci actioni missionali Ecclesiae pax Christi ad omnes gentes extendatur).

**Die Kirche
in Uganda**

Seit 9. Oktober 1962 ist Uganda ein souveräner Staat. Am 25. Oktober

wurde es als 110. Mitglied in die Organisation der Vereinten Nationen aufgenommen. Bereits Anfang November hat es zum ersten Male seine Stimme abgegeben, als es mit 41 anderen Staaten für die Zulassung Rotchinas in die UN stimmte.

Uganda ist etwa so groß wie die Bundesrepublik Deutschland, von dem 243 000 qkm großen Territorium sind jedoch 35 450 qkm Wasser. Die Bevölkerung zählt 6,8 Millionen, davon 65 000 Asiaten und 10 000 Europäer. Die Hauptstadt ist Entebbe mit ca. 10 000 Einwohnern. Die größte Stadt und das Handelszentrum ist Kampala (60 000). Jinja (30 000) entwickelt sich zum Industriezentrum.

Die Wirtschaftslage des neuen Staates ist verhältnismäßig gesund. 1959/1960 betrug der Wert des Gesamtimports etwa 27 Millionen Pfund Sterling gegenüber einem Exportwert von 40 Millionen. Die Produkte sind: Kaffee, Tee, Baumwolle, Kupfer, Wolfram, Häute und Felle. Die Zahl der Arbeiter beträgt 230 000, von denen nur 20 000 in Gewerkschaften organisiert sind (1960). Auf dem Lande gibt es etwa 1640 Kooperative. 1960 wurden im Zuge der planmäßigen landwirtschaftlichen Entwicklung über 5000 Privatbauernbetriebe eingerichtet. Land- und Viehwirtschaft bilden das ökonomische Rückgrat Ugandas, und besonders in Buganda gibt es viele wohlhabende Bauernfamilien.

Die innenpolitische Lage

Abgesehen von den verbreiteten Ressentiments gegen die Asiaten, die sich aus deren Stellung im Regierungsapparat, im Handel und in den freien Berufen erklären lassen, gibt es auch unter den Afrikanern selbst gefährliche Spannungen, die in der jahrhundertelangen Vorgeschichte des Landes tief verwurzelt sind. Die ursprünglichen Einwohner, die Pygmäen, wurden vom Norden her durch nilotische und vom Süden her durch Bantunegerstämme vertrieben. Die letzteren organisierten sich in feudalen Königreichen, die bereits 500 Jahre bestanden, ehe die Europäer ins Land kamen. Das größte Reich, zugleich auch die wirtschaftlich bedeutendste Provinz, ist Buganda mit fast zwei Millionen Einwohnern. Andere Reiche sind Ankole,

Bunyoro und Toro mit insgesamt einer Million Einwohnern.

Die Könige und Häuptlinge, die diese Reiche regierten, wurden von den Engländern, die 1894 Uganda zum Protektorat machten, bestätigt und unterstützt. Als nun in den letzten Jahrzehnten Uganda — wie fast alle anderen afrikanischen Staaten — zur Unabhängigkeit drängte, wurde diese von den Feudalherren so verstanden, daß ihre Königreiche entweder vollständig autonom oder ihnen nur beschränkte Pflichten auferlegt werden würden. Noch Ende 1960 forderte König Mutesa II. von Buganda in einem Schreiben an Königin Elisabeth für sein Reich die Unabhängigkeit ab 1. Januar 1961.

Inzwischen hatten jedoch andere politische Führer Ugandas Bewegungen gebildet und verlangten die Unabhängigkeit auf nationaler Ebene. Zwei Parteien traten stark hervor: die Demokratische Partei Uganda (UDP) unter der Leitung des Katholiken Benedikt Kiwanuka und Uganda People's Congress (UPC) unter Apollo Milton Obote, einem Protestanten. Beide kämpften für die Integration des Landes.

Die Protektoratsregierung begünstigte das nationale Bestreben der Parteien. Bereits 1953 hatte sie Mutesa II. auf zwei Jahre verbannt. Sein Gesuch um Unabhängigkeit (1960) wurde nicht berücksichtigt. Statt dessen entwarf man eine neue Konstitution für ganz Uganda. Im März 1961 wurden die ersten Wahlen durchgeführt. Sie wurden in Buganda boykottiert, jedoch übernahm der Leiter der siegenden Partei, Kiwanuka, die Verantwortung für ganz Uganda, einschließlich Bugandas. In den nun folgenden Monaten wußte Obote, der Leiter der UPC, in sehr geschickter Weise mit dem Kabaka (König) von Buganda zu verhandeln und ihn für die Idee einer nationalen Regierung mit föderativem Status der Königreiche zu gewinnen.

Buganda wählte dann am 21. Februar 1962 sein eigenes Parlament: von 68 Sitzen gingen 65 an die Kabaka Yekka (die Königs-) Partei Bugandas. Zwei Monate später, am 25. April, wählte Uganda, einschließlich Bugandas, das nationale Parlament, das den Staat zur völligen Unabhängigkeit führen sollte. In diesen Wahlen errang die UDP Kiwanukas nur 20, die Kabaka Yekka 24 und die UPC Obotes 43 Sitze. Premier Kiwanuka mußte Obote seine Stellung abtreten, die UDP ging in die Opposition. Immerhin sind die Katholiken mit 5 von 17 Ministern im Kabinett vertreten.

Die Christen in Uganda

1877/79 kamen die ersten anglikanischen und katholischen Missionare nach Buganda. 1884 verbündeten sie sich mit den Mohammedanern gegen König Mwanga. 1885—1886 wurden über 100 Katholiken und Protestanten ermordet, darunter auch der erste anglikanische Bischof James Hannington. 22 von den katholischen Märtyrern wurden 1920 seliggesprochen.

Das Bündnis zwischen Christen und Mohammedanern war von kurzer Dauer und wurde nie wiederhergestellt. Zuerst versuchten die Muslimen alle Christen zu vertreiben, dann wurde 1892 durch die Schlacht von Mengo (Sitz der Königlichen Regierung Bugandas) die protestantische Herrschaft mit Hilfe der Häuptlinge befestigt. Das hinderte jedoch nicht, daß die Kirche unter dem Volk viele Anhänger gewann, so daß die Zahl der Katholiken Ugandas heute fast doppelt so groß ist wie die der Protestanten und in Buganda sogar fast die Hälfte der Bevölkerung

ausmacht. Daß dennoch infolge der Kabaka-Yekka-Bewegung der politische Einfluß der Katholiken im ganzen bedeutend nachließ, zeigt, wie kompliziert die Lage ist.

Es hat in den letzten Jahren an Verdächtigungen gegen die Katholiken nicht gefehlt. 1953 wurde ihnen die Verbannung des Kabakas zugeschrieben. Die UDP wurde konfessioneller Umtriebe bezichtigt. Es wurde sogar ein gefälschter Hirtenbrief verbreitet, nach dem der Episkopat Rom um Geld für eine politische Partei gebeten hätte. Mehrere Anglikaner haben gegen diese Verdächtigungen scharf protestiert. Reverend F. B. Welbourn forderte die UPC auf, ihre antikatholische Haltung aufzugeben. Er schrieb: „Es scheint, daß Anglikaner in Uganda zu sein an erster Stelle bedeutet, nicht Christ, sondern anti-römisch-katholisch zu sein. Wenn dem so wäre, dann würden wir besser alle mit einem Stein am Halse in den See versenkt werden.“ Der anglikanische Erzbischof Leslie Brown von Uganda, Ruanda und Burundi bedauerte es ebenfalls, daß der Kampf um die Macht mit jenem um die Religion getarnt wurde. Wenn die Politiker mit sauberen Methoden kämpften, dann wäre eine enge Zusammenarbeit zwischen Protestanten und Katholiken sehr wohl möglich. Das würde ein Segen für das ganze Land sein, denn die anglikanische Kirchenprovinz Uganda, Ruanda und Burundi stellt ein wichtiges nationales Element dar: sie zählt 8 Bischöfe (davon 4 Afrikaner) und an die 400 afrikanische Geistliche. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß an einem Seminar über „die katholische Kirche in Uganda“, das von Erzbischof Kiwanuka für etwa 100 Priester am 27. August 1962 in Entebbe veranstaltet wurde, sich auch zwei anglikanische Geistliche beteiligten.

Der Episkopat hat wiederholt erklärt, daß die UDP Kiwanukas nicht „seine“ Partei ist; die UDP selber hat erklärt, sie sei eine Volkspartei.

Der Erzbischof von Rubaga und der Nestor der afrikanischen Bischöfe, Joseph Kiwanuka, hat im August 1962 einen Empfang für Premierminister Obote veranstaltet und kurz vor der Unabhängigkeit die völlige Versöhnung mit dem Kabaka bestätigt.

Ein günstiger Umstand ist, daß der Nationale Kongreß Uganda, eine Partei, in der linksorientierte Elemente sich zusammenfanden, praktisch nicht mehr besteht.

Die Lage der Kirche

Die Zahl der Katholiken beträgt heute mehr als 1 700 000, das sind 26% der Bevölkerung. Der Zuwachs liegt bei 70 000 Taufen pro Jahr, darunter sind viele Erwachsenentaufen. 1953 wurde die Hierarchie errichtet: das Erzbistum Rubaga mit sieben Suffraganen. Die Bischöfe Joseph Kiwanuka und Adrian Ddungu sind die Afrikaner in der Hierarchie. Der Klerus zählte 1959 210 afrikanische und 380 europäische Priester. Damit ist die Afrikanisierung der Geistlichkeit im Verhältnis zu der Zahl der Katholiken weiter fortgeschritten als in den übrigen Ländern Afrikas. Ordensberufe für Brüder- und Schwesternkongregationen halten damit Schritt.

Von den 565 000 Schülern in Volks- und Mittelschulen des Landes werden etwa 300 000 in katholischen Schulen unterrichtet (1962). Dies ist unlängst vom Unterrichtsminister im Königreich Buganda, Mayanja, beanstandet worden. Mayanja ist Muslime und erklärte, die konfessionelle Schule könne die nationale Erziehung nicht ausreichend gewährleisten. Die katholischen Lehrer des Landes haben dazu in einer Denkschrift Stellung genommen,

und Premier Obote hat versichert, daß an eine Nationalisierung der Schulen nicht gedacht ist, solange sie Kinder aller Bekenntnisse aufnehmen.

1959 verpflichtete eine Regierungsverordnung alle Lehrer an staatlich nichtsubventionierten Schulen, sich dem Leistungsstand der staatlichen Lehrer anzupassen, was sich auf die Qualität des Unterrichts positiv ausgewirkt hat. Die Missionen beteiligen sich nach Kräften an dem großen nationalen Plan, das Unterrichtsniveau zu heben. Mehrere vollständige Mittelschulen, sog. Secondary Modern Schools, die auf praktischen Unterricht ausgerichtet sind, technische Schulen, Handwerkerschulen und Haushaltungsschulen wurden in den letzten Jahren eröffnet und modernisiert.

In der Gesundheitsfürsorge nimmt die Kirche mit 14 Hospitälern (1131 Betten), 22 Entbindungsheimen (1103 Betten), 19 Dispensarien und drei Aussätzigenheimen eine hervorragende Stelle ein. Ende 1962 werden sich zehn Medical Sisters in Fort Royal niederlassen. Ein zentrales katholisches Büro sorgt für die allgemeine Planung und Verwaltung. Verschiedene dieser Institute empfangen Regierungszuschüsse.

Die katholische Presse entfaltet eine für afrikanische Verhältnisse rege Tätigkeit. Marianum Press in Kisubi publizierte 1961 Zeitungen mit einer Auflage von über einer Million und Zeitschriften mit einer Auflage von 400 000 Exemplaren. Ein Bestseller war der Hirtenbrief Erzbischof Kiwanukas über das Verhältnis von Kirche und Staat. „Munno“, das vor 50 Jahren gegründet wurde, ist seit dem 1. Januar 1962 Tageszeitung geworden. Eine katholische Presseagentur in Kampala sammelt die Nachrichten aus aller Welt.

Seit 1957 besitzt Uganda einen Nationalrat der Katholischen Aktion, der aus acht Mitgliedern, alle Laien, besteht; sechs von ihnen sind Afrikaner, einer ist Goanese. Eine wichtige Aktion wurde kürzlich erfolgreich durchgeführt: die Bekämpfung der Jugendkriminalität und der Trunksucht durch die Katholische Aktion, in Zusammenarbeit mit den Häuptlingen und der Polizei. Die Legio Mariae leistet dabei gute Hilfe.

Der Gral beschäftigt sich mit den Problemen der Frauen des Landes. In seinen 350 Frauenklubs treffen sich regelmäßig 7000 Frauen und Mädchen zur Aussprache und Unterrichtung. Der Gral leitet auch ein Schulungszentrum für Pfarrhelferinnen in Bikira. Bereits elf Afrikanerinnen sind dem Gral beigetreten.

Obschon Erzbischof Kiwanuka sehr aktiv die bäuerlichen Genossenschaften fördert, ist es nicht bekannt, ob und inwieweit die Kirche oder ihre Vertreter sich an der von der Regierung geleiteten Dorfentwicklung beteiligen. 1960 waren dreizehn Entwicklungszentren in Betrieb, in denen je 20 Jungbauern ausgebildet wurden. Allerdings erfordert eine solche Aktivität besondere Kenntnisse und Erfahrungen in den heutigen Entwicklungsmethoden; geschultes Personal und das dazu notwendige Kapital lassen sich nicht ohne Schwierigkeiten aufreiben. Jedoch entwickelt die Kirche Ugandas überall rege Aktivität, und sie scheut sich nicht, die aktuellen Probleme anzugehen. Ihre wichtigsten Vorhaben sind: Vertiefung der Glaubenskenntnis, Verchristlichung des Familienlebens, Heranbildung einer katholischen Elite in den verschiedenen Milieus, von den Bauern bis zu den Intellektuellen, und besonders das gegenseitige Verständnis der christlichen Kirchen in den unteren und mittleren Bevölkerungskreisen sowie in der Politik.

Appell an die lutherischen Bischöfe in Sachen „ethische Indikation“

Seit Bestehen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD) haben sich ihre Bischöfe bisher nur einmal entschlossen, eine wegweisende Glaubenskundgebung zur Abwehr von Irrungen für ihre Gemeinden zu geben, zu welcher die Verfassung eine beschränkte Möglichkeit bietet, da ein formelles lutherisches Lehramt noch nicht besteht. Das war am 6. November 1950, als der damalige Landesbischof Hans Meiser eine Verurteilung des neuen Mariendogmas öffentlich bekanntgab. Zwei Jahre später wurde angeregt, eine ähnliche Verurteilung der Entmythologisierung des Neuen Testaments durch Rudolf Bultmann im Interesse der Gemeinden vorzunehmen, aber der Versuch scheiterte an sachlichen Bedenken. Nunmehr wird in der Zeitschrift der VELKD, den „Lutherischen Monatsheften“ (Oktober 1962), in der Leitglosse angesichts der öffentlichen Diskussion über das neue Strafgesetzbuch zur Frage der Schwangerschaftsunterbrechung geschrieben: „Es ist Zeit, daß die lutherischen Bischöfe durch eine Kundgebung gemäß Artikel 9 Absatz 4 der Verfassung der VELKD ein wegweisendes Wort in dieser Sache sprechen.“

Anlaß dazu gibt die Meinungsverschiedenheit, die in dieser Frage in evangelischen Kreisen herrscht, worüber „Evangelische Welt“ (16. 10. 62, S. 611 f.) einen ausführlichen Bericht gibt: „Ethische Indikation im Widerstreit der Meinungen“. Dort werden die Standpunkte der SPD und der FDP, einschließlich der Stellungnahme des Bundesjustizministers Stammberger, wonach „wir nicht eine bestimmte Morallehre durch Gesetz allen aufzwingen können“, den evangelischen Stellungnahmen gegen eine sog. „ethische Indikation“ (wegen Vergewaltigung) und dem katholischen Standpunkt gegenübergestellt.

Inzwischen hat sich Präses Joachim Beckmann von der Evangelischen Kirche im Rheinland zu Wort gemeldet und als Privatmeinung folgendes geäußert: Die massenhafte Übertretung des Abtreibungsparagraphen deute auf einen großen Notstand hin, der Hilfsmaßnahmen erfordere (u. a. Erlaubnis von empfängnisverhütenden Mitteln; vgl. Herder-Korrespondenz 16. Jhg., S. 458 f.). Die Beseitigung der Strafbarkeit der Schwangerschaftsunterbrechung sei keine Hilfe, ihre Folgen seien entsetzlich. Straffreiheit bei eugenischer Indikation sei schon deswegen abzulehnen, weil es keine sichere Prognose gibt. Straffreiheit bei sozialer Indikation sei gesetzlicher Regelung unzugänglich. Berechtigt sei allein die medizinische Indikation, wo andernfalls das Leben der Mutter auf dem Spiel stehe.

Er fügte ferner hinzu: „Außer der medizinischen Indikation erscheint in einer gewissen Verwandtschaft dazu noch die sogenannte ‚ethische Indikation‘ berechtigt zu sein. Das heißt im Falle erwiesener Notzucht oder eines erwiesenen Inzestes sollte als letzter Ausweg aus schwerster Not die Möglichkeit gegeben werden, daß eine Frau den Antrag auf straffreie Unterbrechung der Schwangerschaft stellen kann. Wegen des hier möglichen Mißbrauchs ist für ein regelrechtes Verfahren Sorge zu tragen.“ Grundsätzlich befürwortet D. Beckmann andere Abhilfen, die überhaupt keine Abtreibung durch ärztlichen Eingriff notwendig machen (epd., 18. 10. 62). (Weitere Stimmen bei Michael Vogler: „Schwangerschaftsunterbrechung in der Sicht der heutigen protestantischen Theologie“, in: Theologie und Glaube 1962 Heft 6, S. 426—447.)